

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: G. Cede, Verleger: A. Bringmann,
Weide in Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg-Barmbeck, Feslerstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A,
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Lohnbewegung.

Gestreckt wird in Bramstedt, Düsseldorf, Neukloster in Mecklg., Querfurt, Warin und Wernigerode.

Platzperre ist verhängt in Wolgast über die Aktiengesellschaft vorm. Kräft.

Ausgesperrt sind die Kameraden in Prenzlau.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

I.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat im letzten Jahrzehnt des verfloffenen Jahrhunderts nach kurzem Rückgange einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, den selbst ihre kühnsten Optimisten nicht erwartet hätten. Zu derselben Zeit, als ihre Mitgliederzahl infolge der unaufhörlichen Schläge der Wirtschaftskrisis den Tiefstand erreicht hatte, wurde ihr unter Hinweis auf die fortschreitende Konzentration der Industriebetriebe ein halbziges Ende prophezeit, und nicht Wenige blickten damals düster in die Zukunft. Aber vom Aufgegebenen gilt das Gleiche wie vom Lobgesagten: sie haben gewöhnlich ein zähes Leben. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Krisis bald siegreich überwunden und kennzeichneten schon die in den letzten vier Jahren veröffentlichten alljährlichen Statistiken der Generalkommission der Gewerkschaften stetige Fortschritte, so kann auch die soeben in Nr. 34 des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission erschienene Statistik für das Jahr 1900 dieses Gefühl der Befriedigung und des berechtigten Stolzes nur steigern. Hat doch das verfloffene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht bloss einen neuen Zuwachs von nahezu 100 000 Mitgliedern gebracht, sondern auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ganz wesentlich verstärkt. Während im Jahre 1899 in 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 580 473 Mitglieder organisiert waren, berichtet die neueste Statistik für 1900 von 680 427 Mitgliedern in 58 Organisationen, und seit dem Jahre 1893, das mit 223 530 Gewerkschaftsmitgliedern den tiefsten Stand aufwies, hat sich die Mitgliederzahl sogar verdreifacht.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1891, dem Zeitpunkte der ersten regelmäßigen Statistik. Zum ersten Male können wir auf eine zehnjährige ziffermäßige Uebersicht über die Gewerkschaften zurückblicken. Sie zeigt, wie bereits bekannt, bis zum Jahre 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und von da ab einen stetigen Fortschritt der Mitgliederzahl. Im Berichtsjahre betrug die Zunahme 99 954 oder 17,21 pZt. Die Zahl der Organisationen ist um 3 gestiegen; neu angegeschlossen hat sich der Verband der Rauchwaarenzurichter (Rürschner), während die Verbände der Fleischer und Masseure erstmalig in der Statistik geführt sind.

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Lokalvereinen	Zusammen	Beruf b. Bergarbeiter-Organisationen
1891	62	277659	—	10000	287659	18000
1892	56	287094	4355	7640	244734	29700
1893	51	223580	5384	6280	229810	26526
1894	54	246494	5251	5550	252044	194
1895	53	259175	6697	10781	269956	11801
1896	51	329280	15265	5858	335088	—
1897	56	412359	14644	6803	419162	—
1898	57	498742	18481	17500	511242	—
1899	55	580473	19280	15946	596419	—
1900	58	680427	22844	9860	690287	—

Erfreulich ist zwar der seit 1898 stetige Zuwachs an weiblichen Mitgliedern, die sich von 13 481 auf 19 280 und 22 844 vermehrten. Indes ist diese Zahl

noch immer äußerst gering gegenüber der großen Zahl unorganisierter Arbeiterinnen, und je mehr die weiblichen Arbeitskräfte Eingang in die Industrie finden und von ihrer Teilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen die Aktionsfähigkeit der Organisationen abhängig ist, desto bringender erweist es sich als notwendig, die Arbeiterinnen in stärkerem Verhältnis für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der Mitglieder lokaler Gewerkschaften, soweit sie sich zur modernen Arbeiterbewegung zählen, weist seit dem Vorjahre einen Rückgang von 15 946 auf 9880 auf, in der Hauptsache herbeigeführt durch den Anschluß der lokalen Handelshilfsarbeitervereine an den Zentralverband dieses Berufes.

Außer diesen Organisationen giebt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters. Die deutschen (S.-D.) Gewerksvereine zählten im Berichtsjahre 91 661 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899); ihre Zunahme beträgt nur 5,62 pZt. Die christlichen Gewerkschaften, die zum Entzweien ihrer bürgerlich-geistlichen Begründer und Berater in ihrem Wirken immer gewerkschaftsähnlicher werden, umfassen nach einer von der Zentralkommission derselben im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 35 Organisationen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahre). Bei dieser angebliehen Zunahme um 47 610 ist aber zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei im vorigen Jahre als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Siegerländer S.-B. christlicher Bergarbeiter und Verein ober-schlesischer Arbeiter) mit 10 200 und 15 004 Mitgliedern. Rechnet man daher die tatsächliche Zunahme mit 22—25 000 Mitgliedern, so ist dies angesichts der diesen Organisationen zu Gebote stehenden Agitationsmittel und der großen Zahl kirchlich beeinflusster Arbeiter durchaus kein glänzendes Ergebnis.

Noch weniger bedeutungsvoll erscheinen die christlichen Gewerkschaften, wenn man berücksichtigt, daß nur 78 664 ihrer Mitglieder dem Gesamtverband angehören. während Organisationen mit 81 106 Mitgliedern absetts stehen. Auch zeigen die von diesen Gewerkschaften erhobenen minimalen Beiträge (50 A jährlich im Minimum und 20 A wöchentlich im Maximum), daß den meisten dieser Organisationen die finanzielle Grundlage fehlt. Wirkt aber die dort betriebene Agitation für Beitrags-erhöhung erfolgreich und fahren die Unternehmer in der Bekämpfung derselben fort, so wird der Gewerkschaftsgedanke darin fortwährend neue Nahrung erhalten und diese Arbeiterfreie den modernen Gewerkschaften näher führen. Endlich kommen als letzte Gruppe noch jene unabhängigen Organisationen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftliche Aufgaben haben. Die Generalkommission ermittelte 21 derselben mit 53 717 Mitgliedern. Die gesamten Gewerkschaften Deutschlands umfassen also die folgenden Gruppen:

Organisationen	Mitgliederzahl		Prozentverhältnis der Mitgliederzahlen	
	1899	1900	1899	1900
Gewerksch. Zentralverbände.	580473	680427	67,15	68,35
Lokale Vereine	15946	9860	1,86	1,01
S.-D. Gewerksvereine	86777	91661	10,04	9,20
Christliche Gewerkschaften	112160	159770	12,97	16,05
Unabhängige Vereine	68994	58718	7,98	5,39
Zusammen	864350	995435	100,0	100,0

Die Mitgliedsziffern der unabhängigen Vereine sind als Minimalziffer zu betrachten, da über einige Vereine dieser Gruppen die entsprechenden Ziffern pro 1900 nicht zu erlangen waren. Da sonach die Mitgliederzahl dieser Gruppe sich leicht um 4000 bis 5000 erhöhen könnte, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, von denen nahezu 1/10 der modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahrzehnts ein schöner Erfolg. Zwar deuten

mehrfache Anzeichen darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erhoffen, sondern ein Stillstand zu verzeichnen sein wird; selbst ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahreschlusse 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederstand unter dem Jahresdurchschnitt aufwiesen. Doch ist diese Erscheinung nicht mehr so beunruhigend, wie anfangs der neunziger Jahre, da seitdem fast sämtliche Organisationen soweit erstarbt und durch innere Einrichtungen befestigt sind, daß eine Mitgliederflucht, wie damals, nicht mehr zu befürchten ist.

Von den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von 100 000 Mitgliedern überschritten, er zählt 100 762 Mitglieder, selbst keine der englischen Unions vermag ihm eine so hohe Mitgliedsziffer zur Seite zu stellen. Ihm folgen die Verbände der Maurer mit 82 964, Holzarbeiter 73 972, Bergarbeiter 36 420, Textilarbeiter 34 333, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 30 847, Buchdrucker 28 838, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288, Tabakarbeiter 18 500, Bauarbeiter 17 901, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 15 639, Gasenarbeiter 11 414, Brauer 11 410, Maler 10 906, Buchbinder 10 447, Steinarbeiter 10 000, Porzellanarbeiter 9 280, Former 9 153, Glasarbeiter 7 101, Töpfer 6 831, Lithographen und Steinbrucker 5 811, Maschinisten und Heizer 5 600, Böttcher 5 582, Schmiede 5 500, Leberarbeiter 4 799, Bäcker 4 585, Bildhauer 4 543, Tapezierer 4 437, Steinseker 4 195, Gemeindebetriebsarbeiter 4 030, Sattler 3 927, Werftarbeiter 3 543, Kupferschmiede 3 432, Handschuhmacher 3 425, Dachdecker 3 169, Seelente 2 898, Glaser 2 772, Gutmacher 2 629, Stukkateure 2 250, Schiffszimmerer 2 009, Müller 1 596, Gastwirthsgehülfsen 1 470, Buchdruckerhülfsarbeiter 1 452, Vergolder 1 352, Graveure und Ziseleure 1 189, Zigarrenfortirer 1 034, Rauchwaarenzurichter (Rürschner) 900, Konditoren 786, Handlungsgehülfsen 750, Barbieri 463, Lagerhalter 436, Bureauangestellte 404, Formstecher 384, Gärtner 358, Fleischer 254 und Masseure 179.

Beurtheilt man die Stärke einer Organisation nach dem Prozentverhältnis der Berufsangehörigen, soweit dieselben als organisationsfähig in Betracht kommen, so gehören von den nach der 1895er Gewerbezahlung in den zentralorganisierten Berufen beschäftigten 4503356 Arbeitern (ausschließlich der Lehrlinge und der Arbeiter unter 16 Jahren) 15,10 pZt. den Zentralverbänden an. Bei den männlichen Arbeitern erhöht sich dieses Verhältnis auf 17,88 pZt., bei den Arbeiterinnen vermindert es sich dagegen auf 2,76 pZt. Die einzelnen Verbände umfaßten von organisationsfähigen Berufsangehörigen: Buchdrucker 90 pZt., Bildhauer 75,71, Handschuhmacher 57,73, Kupferschmiede 56,92, Glaser 47,87, Tapezierer 40,38, Maurer 36,57, Gasenarbeiter 36,50, Schiffszimmerer und Werftarbeiter 36,41, Lithographen und Steinbrucker 36,34, Porzellanarbeiter 31,57, Stukkateure 31,14, Töpfer 31,10, Metallarbeiter 30,97, Brauer 28,70, Buchbinder 28,64, Holzarbeiter 27,34, Vergolder 27,21, Böttcher 26,73, Zimmerer 24,93, Formstecher und Graveure 24,08, Dachdecker 23,92, Glasarbeiter 23,23, Gemeindebetriebsarbeiter 23,12, Gutmacher 21,18, Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer 19,09, Rauchwaarenzurichter 19, Schuhmacher 18,28, Maler 18,25, Former 18,05, Sattler 16,08, Seelente 14,49, Leberarbeiter 14,42, Buchdruckerhülfsarbeiter 14,13, Steinseker 12,36, Steinarbeiter 11,01, Schneider 10,80, Bergarbeiter 10,01, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 9,55, Fabrikarbeiter 8,93, Konditoren 8,88, Bäcker, 6,70, Textilarbeiter 6,32, Schmiede 6,25, Bauarbeiter 5,46, Müller 3,61, Barbieri 3,15, Gastwirthsgehülfsen 0,74, Gärtner 0,63, Fleischer 0,49 und Handlungsgehülfsen und Lagerhalter 0,45 pZt.

Da im vorigen Jahre dieser Berechnung die Zahlen der Berufszählung zu Grunde gelegt waren, die in mehrfacher Hinsicht unzuverlässig waren, so sind die diesjährigen Verhältniszziffern mit denen des Vorjahres leider nicht vergleichbar. Auch die Zahlen der Gewerbe- (Betriebs-)zählung erscheinen zwar nicht völlig einwandfrei und außerdem liegen beide Zählungen um fünf Jahre zurück. So lange indessen kein neueres und zuverlässigeres Material zur Verfügung steht, ist die Benutzung der Ergebnisse der erwähnten Zählung, wenn auch mit den gebotenen Einschränkungen, nicht zu umgehen. Einen Rückgang an Mitgliedern weisen nur vier Organisationen auf, nämlich die Barbieren (um 412), Lederarbeiter (570), Stukkateure (500) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbieren trugen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Lederarbeitern unglückliche Streiks, bei den Stukkateuren Abspaltungen zu Sondervereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverband speziell auf das Konto der wirtschaftlichen Krisis zu setzen ist. Die größten absoluten Zunahmen gegen 1899 weisen die Metallarbeiter (15 749), Holzarbeiter (11 402, Bauarbeiter (8752), Maurer (8429), Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (8276) und Fabrikarbeiter (8255) auf, während prozentual am meisten gegen das Vorjahr stiegen die Glasarbeiter (95,72 pZt.), Schmiede (64,17 pZt.), Gemeindebetriebsarbeiter (56,56 pZt.) und Handlungsgehilfen (50 pZt.). Daß die absolute Zunahme der letzteren nur 250 beträgt, wird ihre Genugthuung über den Fortschritt nicht vermindern, da ihre Organisation mit besonderer Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um die Handlungsgehilfen den gewerkschaftlichen Arbeitertruppen zuzuführen.

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 pZt. (Handlungsgehilfen und Lagerhalter) und 22,50 pZt. (Buchbinder) der Organisationsfähigen. Den Letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 pZt.), Buchdruckhilfsarbeiterinnen (12,15 pZt.), Metallarbeiter (11,37 pZt.) und Tapezierer (10,57 pZt.) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Vieles bessern, wenn die Theilnahmslosigkeit der Arbeiterinnen nicht die Errungenschaften der Organisationen gefährden soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen. Mögen bessere Erfolge auch noch der zukünftigen Arbeit vorbehalten bleiben, so ist doch in einzelnen Berufen schon die dauernde Grundlage für die weibliche Organisation gewonnen, auf welcher ohne Unterlaß weitergebaut werden kann.

Ebenso erfreulich, wie die Mitgliederzunahme, gestaltete sich auch die finanzielle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, deren statistischen Ergebnisse in einem zweiten Aufsatz dargestellt werden sollen. Paul Umbreit.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1900.

Es giebt wohl nur wenige aus privater Initiative entstandene Einrichtungen, die in gleichem Umfange und in so kurzer Zeit zu einem unentbehrlichen Volksbedürfnis wurden, wie die deutschen Arbeitersekretariate. Im Prinzip sich anlehnend an die in der Schweiz mit staatlicher Subvention geschaffenen Institute gleichen Namens, dienen sie vorzugsweise

der Auskunftserteilung in Rechtsfragen und der Rechtshilfe im weiteren Sinne des Wortes bis zur völligen Vertretung der Klagen oder Ansprüche ihrer Klienten vor den zuständigen Instanzen. Indes ist das schweizerische Muster nirgends in Deutschland getreu kopiert worden, weder hinsichtlich der Organisation, die dort zentralistisch, hier durchweg auf einen örtlichen Bezirk beschränkt ist, noch bezüglich der Funktionen. Auch standen die deutschen Arbeitersekretariate nicht ohne Vorgänger da; sie entwickelten sich aus den in zahlreichen Orten bestehenden gewerkschaftlichen Auskunftsbureaus, die seit Ende der 80er Jahre infolge der durch die neuere Sozialgesetzgebung eingetretene Rechtsveränderung in's Leben gerufen wurden. Insbesondere erwies sich eine über den Rahmen gelegentlicher Vorträge und Tagesaufträge hinausgehende und an den Einzelfall anknüpfende Belehrung der Arbeiter auf den Gebieten der Versicherungs- gesetzgebung und der neuen Gewerbeordnungsverordnungen als dringend notwendig. Dieselbe bildete früher und vielfach wohl auch heute noch eine der Nebenaufgaben der Redakteure der Arbeiterpresse, die aber meist zu überlastet waren, um den an sie namentlich in Großstädten gestellten Anforderungen entsprechen zu können. Die Heranziehung der in den Gewerbe- gerichten als Zeuiger thätigen Arbeitervertreter konnte ebenfalls nur als Nothbehelf dienen, da, abgesehen von dem häufigen Wechsel der Auskunftserteiler, der für deren Schulung nicht gerade vortheilhaft sein kann, zwei Umstände störend wirkten. Erstens war die Auskunftserteilung nur in gewissen Abendstunden und vielleicht noch nicht einmal an allen Tagen möglich, und zweitens durfte die Auskunftsperson nicht Rath erteilen in solchen Fällen, in welchen sie selbst als Zeuiger thätig sein, d. h. als Richter entscheiden mußte. Ferner hatten diese Zeuiger auch sehr wenig Gelegenheit, sich über die Versicherungs- gesetzgebung und über deren Rechtswege und Verfahren eingehend zu unterrichten. Dies Alles führte dazu, diese Aus- kunfts- und Rechtshilfsbureaus durch Sekretariate mit ge- schulten Kräften, die völlig für diese Aufgabe verfügbar sind und zugleich den Rathsuchenden durch Anfertigung von Schrift- sätzen, Eingaben und nöthigenfalls auch durch direkte Ver- tretung nützlich sein können, zu ersetzen. Das erste bezügliche Institut wurde im November 1894 in Nürnberg eröffnet. Ihm folgten solche im März 1897 in Stuttgart, im März 1898 in München, im August in Hannover und im November in Deut- schen, im Jahre 1899 solche in Alenburg, Frankfurt a. M., Darmstadt, Waldenburg i. Schl., Mannheim, Halle, Hildesheim, Pforzheim und Jena, und im Jahre 1900 weitere in Breslau, Bremen, Posen, Hamburg, Altona-Ottensen, Freiburg, Hohen- limburg, Landeshut i. Schl., Wülshelm a. M., Striegau und Tullingen. Auch im laufenden Jahre sind eine Anzahl neuer Arbeitersekretariate in's Leben getreten, so in Köln, Lübeck, Kiel, Rastatt, während in einer Reihe anderer Städte noch die Vorbereitungen zur Errichtung solcher Institute im Gange sind.

Wir haben bereits in früheren Jahren die Wirksamkeit jedes einzelnen der bestehenden Arbeitersekretariate nach den An- gaben ihrer offiziellen Jahresberichte registriert. Raumangel und Erkenntnis der Unzulänglichkeit einer solchen Bericht- erstattung veranlassen uns, von derselben Abstand zu nehmen und dafür eine vergleichende Uebersicht über die Einrichtung, Kosten, Frequenz und organisatorischen Erfahrungen der ge- sammelten Arbeitersekretariate zu geben. Für den Gewerkschaftspraktiker und Sozialforscher bietet ein solcher Vergleich weit bessere Information und Anregung zu kritischem Studium, als vereinzelte Auszüge aus den Berichten, und besonders wird eine Zusammenfassung der auf diesem Gebiete der Arbeiter- bewegung vorliegenden Erfahrungen den Gewerkschaftsführern in solchen Orten willkommen sein, in denen das Bedürfnis nach der gleichen Einrichtung sich bereits bemerkbar gemacht hat.

Das Studium der Berichte selbst kann diese Uebersicht nicht ersparen, denn das darin gesammelte Material von Rechts- belehrung, das für jeden Arbeiter eine reiche Fundgrube prak- tischen Wissens darstellt, muß naturgemäß aus dieser sozial- statistischen Arbeit ausgeschieden bleiben.

Von 27 im Jahre 1900 im „Correspondenzblatt“ (Nr. 45 b. Jg.) bezeichneten Arbeitersekretariaten sind uns seitens 17 derselben die Jahresberichte für das letzte Berichtsjahr über- mittelt worden. Von den übrigen 10 kamen 8 (Oberhausen, Fürth und Pforzheim) wegen unterdeh erfolgter Aufhebung nicht mehr in Betracht, und die weiteren 7 sind Einrichtungen von geringem Umfang, die jedenfalls von der Drucklegung von Jahresberichten abgesehen haben. Kann unsere Uebersicht also leider keine vollständige sein, so umfaßt sie doch die bedeutendsten Schöpfungen dieser Art, darunter mehrere, die erst inmitten Berichtsjahres errichtet wurden. Leider fehlen für das

Posener Sekretariat alle Ziffern der Frequenz und Aus- kunftserteilung. Ihre Feststellung wurde durch die polizei- lichen Eingriffe, die das Sekretariat zu erdulden hatte, ins- besondere durch die Beschlagnahme der Geschäftsbücher verhindert, und mehrfach aufeinander folgende Hausdurchsuchungen veranlaßten den Sekretär, bis auf Weiteres von der Führung eines Tages- Journals abzusehen.

Hinsichtlich der Berichtsperiode ist zu konstatieren, daß die meisten Sekretariate als solche das Kalenderjahr angenommen haben. Nur das Jenaer Sekretariat berichtet von April zu März. Bei den übrigen, deren Bericht eine längere oder kürzere Zeit als das Kalenderjahr umfaßt, handelt es sich um solche, die erstmalig seit ihrer Gründung Bericht erstatten. Beim Stuttgarter Sekretariat, dessen Kasfenbericht sich auf nur 10 Monate erstreckt, ist zur Erläuterung mitzutheilen, daß dieses Sekretariat im Oktober 1900 in direkte Verwaltung der Ver- einigten Gewerkschaften übergang und daß aus der Abrechnung nicht sicher festzustellen war, welche Kosten die letzteren im Jahresrest noch zu bestreiten hatten.

Die Organisation der meisten Arbeitersekretariate beruht auf einem Zusammenwirken aller der modernen Arbeiterbewe- gung angehöriger gewerkschaftlichen und politischen Arbeiter- organisationen der betreffenden Bezirke. In der Regel besteht ein Uebereinkommen zwischen den durch das Kartell vertretenen Gewerkschaften und den politisch = sozialdemokratischen Organi- sationen hinsichtlich der Aufbringung der Kosten und Bestellung einer Aufsichtskommission. Doch giebt es hiervon auch Ab- weichungen. So haben sich dem Jenaer Sekretariat auch Hirsch- Dunder'sche Gewerksvereine angeschlossen. Das Hamburger Sekretariat ist eine gewerkschaftliche Schöpfung und das Stutt- garter ist neuerdings in gewerkschaftliche Verwaltung über- nommen worden. Die Sekretariate in Reutheim und Posen sind Nebeneinrichtungen der von der Generalkommission in diesen Städten errichteten und größtentheils aus deren Mitteln unter- haltenen Gewerkschaftsbureaus. In einigen kleineren Orten ist ein Sekretariat dadurch zu Stande gekommen, daß die Arbeiterorganisationen gegen ein gewisses Fixum die Rechts- hilfe einer unabhängigen Persönlichkeit als Nebenberuf übertragen; bei der in solchen Orten geringeren Frequenz mag ein solcher Modus vorläufig seinem Zweck entsprechen.

Die Aufgaben sind ebenfalls in der Hauptsache überall die gleichen, bedingt durch das allortz gleiche Bedürfnis. Es wird Auskunft erteilt über gewerbliche Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Arbeiterlohn, Vereins- und Versammlungs- recht, sowie über die den Dienstvertrag regelnden Bestimmungen des bürgerlichen Rechts. In diesen Angelegenheiten werden auch Beschwerden entgegengenommen und ermittelt, besonders an die Gewerbeaufsicht, sowie Schriftsätze ausgearbeitet. Ferner wird aber in der Regel auch Auskunft erteilt über Miet- vertragsstreitigkeiten, Strafsachen, Schuldsforderungen, Familien- und Eherecht, Erbrecht, Prozeßverfahren, Zwangsvollstreckung, über Steuerangelegenheiten, Bürgerrechts- und Staats- angehörigkeitswerb, Armenrecht usw., kurz auf allen Gebieten des Rechtslebens, auf denen der Arbeiter des Rathes oder Beistandes bedarf. Anwalt und Rathgeber der Arbeiter zu sein, das ist die eigentliche Aufgabe der Sekretariate. Sie erschöpft sich nicht in der Belehrung über streitige Rechtsfragen, sondern führt den Arbeitersekretär auch als Vertreter der Arbeiter vor die Schieds- und Gewerbegerichte.

Weiter ist den Sekretariaten mancherorts auch die Er- hebung und Bearbeitung gewerkschaftlicher und sozialer Statistiken, die Förderung der gewerkschaftlichen Propaganda und Vereingelt sogar die Vermittelung bei vorkommenden Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren Unternehmern übertragen. Dadurch ver- doppelt sich freilich die Arbeiten, und häufig reicht zu ihrer Bewältigung die Kraft eines einzelnen Mannes nicht aus, so daß schon mehrere großstädtische Sekretariate zwei und sogar drei Beamte anstellen mußten. Insofern dabei die eine Auf- gabe unter der anderen leidet, können leicht Meinungsverschieden- heiten darüber entstehen, ob es zweckmäßig ist, die Arbeiter- sekretäre mit gewerkschaftlich statistischen und propagandistischen Pflichten zu belasten. Paul Stammeyer trat besonders für eine Entlastung derselben und Beschränkung auf die Auskunft- erteilung ein. Soweit er dabei eine Separation der letzteren empfiehlt, können wir uns seiner Meinung nicht anschließen, denn die Auskunftserteilung ist von anderen Gewerkschafts- aufgaben nicht zu trennen. Der Rechtsschutz bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften und darf ihrer Ein- flußnahme nicht entzogen werden. Daraus ergibt sich, daß die Sekretariate möglichst seitens der Gewerkschaften zu er-

Heimkehr.

Von hier, wo die sanft aufsteigende Landstraße ihren Höhepunkt erreicht hatte, konnte man fast die ganze Stadt, welche unten in weiter Ebene lag, übersehen. Die staubige Chaussee schlängelte sich in kurzen Windungen wie ein grauer Fluß hinunter, um vielleicht eine Viertelstunde von hier wie ein schmales Wächlein zwischen den ersten Häusern dem Auge zu entschwinden.

Der einjame Wanderer, welcher hier oben auf seinem derben Stoch gestützt stand, betrachtete mit gemischten Ge- fühlen das Panorama dort unten: Haus reichte sich fast lüden- los an Haus und schimmerte im Glanze der heiteren Vor- mittagssonne in vielerlei Farben. Da waren schmutzig- schwarze, einstürzdrohende Giebelbaraden, vom Wetter dunkelbraun gefärbte Häuser und neue Gebäude, gelb und hell- und dunkelroth, mit blauen Schieferdächern oder freund- lich ausschauenden, leuchtenden Ziegeln. Und ringsherum an der Peripherie stiegen die Schilote in gelben, roth- n, braunen und schwarzen Farben auf wie riesige, drohende Wächter, die sich ihrer Herrschaft über das elende, niedrige Steingewirre da unten stolz bewußt sind.

Die grauschwarzer Nebel lag's in fast kreisrunder Wolke über der Stadt. Sie und die über ihr lag-rnde Atmosphäre bildeten einen trüben, nahezu finsternen Kontrast zur hellen, sonnenbeschieneenen Anhöhe, auf welcher der Wanderer stand. Hier dehnten sich rechts und links weite Felder mit hellgrünen, kaum fuhhoch aufgeschossenen Saat- n und auf iner Seite, inmitten derselben, klapperte eine alte, baufällige Windmühle ihre einformige Melodie, als wollte sie klagen über das rauchgeschwärzte Giftnest da unten.

Der Handwerksbursche warf plötzlich sein dünnes Mängel auf den Boden und setzte sich, den Rücken der Straße zu- gekehrt, auf den Rand des Chausseegrabens. Ein Trupp

junger Burschen kam lachend, lärmend und singend von der Stadt herauf. Sie schlangen lächerlich grobe Knotenstöcke in ihren noch nicht recht ausgewachsenen Händen und bemühten sich, die Jugend ihres kaum einstuündigen Handwerksburschen- Daseins nicht allzusehr hervortreten zu lassen. Der Wan- derer, der sie kommen sah, mußte lächeln. Wie neu doch Alles an ihnen war. Den Kleidern wie den unförmlich bideen Mägeln war auf hundert Schritte anzusehen, daß noch kein rechtes Wetter sie durchgenommen und ihre Farben gebleicht und verwascht hatte. Es glänzte noch Alles: Die lustigen Augen der Burschen wie die frischen Gesichter, die Wachs- leinwand der „Berliner“ wie die funkelgelbneuen Uhr- ketten. Und wie fröhlich und zuberstlich lag ihr naives „Servus!“ zu dem Einsamen herüber. Dieser erwiderte dankend den Gruß. Dann sah er ihnen nach, die wie junge Welteroberer dahin zogen, von wo er gekommen war.

Geradeso war er mit einigen Kameraden vor nun acht Jahren ausgegangen. Wenn er sich recht befaun, war's wie heute, ein so heller, leuchtender Tag gewesen. Und derselbe Muth, dieselbe unbestimmte Hoffnungsfreudigkeit hatte ihn erfüllt wie Jene, die frisch und jung in's Unbekannte gingen. Es war eine weite Reise geworden. Aber die Augen konnten sich nicht satt sehen, und so war er nirgend zu recht- r Sez- haftigkeit gekommen.

Er war durch blühende Länder und öde Steppen, durch kühle, dunkle Thäler und über sonnenbestrahlte Gebirge ge- zogen; er hatte in weichen Betten und duftigem Feu, in samerigen Herbergen und auf freiem, hartem Felde ge- nädigt; Sturm, Gewitter und Regen hatten ihn durch- geschüttelt und durchgewaschen und die Sonne hatt- Alles wieder auf dem Leibe getrocknet; selten lud man ihn zum Sonntagsbraten zu Gast, aber auch der trodene „Gans“ mit Mühen oder dem Objt der Chausseebäume schmiedte schließlich dem Hungerigen gut. Dann kamen hin und wieder Tie-

Arbeitsperioden da oder dort; zuweilen war's nur einige Tage, zuweilen Wochen oder Monate gewesen, in denen er schaffen und sich wieder etwas ausliden konnte.

Ein bunter Wechsel war's, ein Auf und Ab, ein ewig Altes und doch immer wieder Neues.

Aber über all' dem Unangenehmen, das so ein Leben mit sich brachte, über all' den Entbehrungen lag's doch wie ein romantischer Hauch, wie eine schöne, heitere Sorglosigkeit. Unbekümmert um das Morgen, augenblicksfreudig wie der singende Vogel im grünen Wipfel, so zog man dahin. — Die Freiheit war's! Die herrliche Freiheit! . . .

Der Wanderer hörte die Spitze seines Stodes in den Sand.

Die Freiheit, ja! Trotz aller Wondarmen und Visita- tionen, trotz leerer Tasche und Bettelbrot! Die Freiheit, die Freiheit!

Oftmals schon hatte er die Schritte der Heimatst-adt zugewendet, wo er ständige Arbeit glaubte finden zu können, aber ebenso oft auch, miunter nur einige Meilen von hier, war er wieder abgewandert und in großem Bogen weiter gewandert in ihm noch unbekannt Gebiete. Es war etwas wie Furcht in ihm vor diesem dunklen, rauchigen Steinhäufen da unten. Als liege irgend ein Unbekanntes dort auf der Dauer, ihn mit harten Krallen zu packen und nicht wieder loszulassen. . . .

Er schaute den Weg zurück, auf dem er gekommen war. Umkehren? Auch heute wieder? In die Freiheit zurück, die von Neuem sonnig und jung aufstanden schien?

Sie lockte gar mächtig. Aber eben der Winter hatte ihn etwas müde gemacht, ihn ermüdet. Der letzte Schimmer jenes romantischen Hauches hatte sich aufgelöst, als die Welt um ihn zu er- starren schien und kalter Wind stehend durch das sadene heimige Gewand blies. So ein weißes Feld, ein blantes

richten, unterhalten und zu verwalten sind. Schaffen dieselben aber einen ständigen Bureaudienst, so ist es nur natürlich, daß diesem Bureau auch andere allgemein gewerkschaftliche Aufgaben zufallen, sofern die vorhandenen Kräfte dafür ausreichen, und daß sie eher neue Kräfte anstellen, als einen ihrer Thätigkeitszweige isolieren werden. Nicht Beschränkung, sondern Erweiterung der Arbeitersekretariate muß die Parole lauten, und reichen die hierzu vorhandenen Mittel nicht aus und sind weitere Mittel schwer aufzubringen, so wäre u. U. eher eine Einschränkung des Personenfreies, dem das Sekretariat unentgeltlich seine Dienste widmet, als ein Verzicht auf wichtige finanziellen Arbeiten in's Auge zu fassen, wie dies in Hamburg dadurch geschah, daß das Sekretariat nur an organisierte Arbeiter Auskünfte erteilt und nebenbei höchstens organisationsunfähige Personen berücksichtigt. Ob der in Stuttgart beschrittene Weg der Erhebung von Gebühren von Unorganisierten der Abweisung der Letzteren vorzuziehen ist, wird von dem Verhalten der Ortspolizeibehörde hinsichtlich der Anwendung des § 85 der Gewerbeordnung abhängen. In der Regel wird man nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung und Auslegung diese Frage verneinen müssen, da die Gebührenerhebung der Auskunftserteilung den Stempel der Gewerksmäßigkeit aufdrückt. Diefelbe sichert auch nicht Einnahmen von einer Höhe, die die mit der Unterstellung unter die Gewerbeordnung verbundenen Nachteile aufwiegen könnte.

Wie hoch heute die meisten Arbeitersekretariate durch Auskunftserteilungen an Nichtorganisierte belastet sind, lehrt ein Vergleich der Frequenzzifferreihen in Spalte 5 und 6 unserer Tabelle. Fast überall schwankt der Prozentsatz der Organisierten

Sekretariate	Schließungs- jahr	Berichts- periode	Zahl der Beamten	Summe der Ausgaben in der Berichts- periode	Zahl der Auskunfts- suchenden		Zahl der mündlich, Auskünfte	Zahl der Schrift- sachen
					überhaupt	davon gewerkschaftl. organisiert		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Altenburg...	2. Jan. 1899	1900	1	1805,02	2378	1221	2378	349
Altona-Diff.	1. Juli 1900	1.7.-31.12. 1900	2	8947,55	3599	2383	1043	
Beuthen....	1. Nov. 1898	1900	1		3696	1784	3720	1688
Bremen....	5. März 1900	5.3.-31.12. 1900	2	6216,57	4406	2299	3844	757
Breslau....	8. Jan. 1900	8.1.-31.12. 1900	1	4907,97	6088	2368		1829
Darmstadt..	1. April 1899	1900	1	1781,41	1784	280	1852	469
Frankf. a. M.	1. Jan. 1899	1900	3	9022,25	20756	9454	2504	
Galle a. d. S.	15. Aug. 1899	15.8.99 b. 31.12. 00	1	4638,41	9841	4839	2184	
Hamburg....	1. Juli 1900	1.7.-31.12. 1900	3	7297,11	1896	1663	821	
Hannover..	1. Aug. 1898	1900	2	4781,28	8992	8786	6572	2447
Jena.....	1. Okt. 1899	1.1. 00 b. 31.3. 01	1		534	185	534	379
Mannheim..	1. März 1899	1900	1	8978,59	4812	2124	5709	628
München....	1. März 1898	1900	3	8177,79	8616	4896	9048	775
Nürnberg...	1. Nov. 1894	1900	3	11788,30	15444	6008	2911	525
Posen.....	1. April 1900	1.4.-31.12. 1900	1					
Stuttgart...	1. März 1897	1900	1	2768,17	8408	3914	7895	715
Waldenburg	April 1899	1900	1		1158	410		775

¹ Einschließlich der Einrichtungsstellen. ² Die Zahlen über Auskunftserteilungen können für Posen nicht gegeben werden, da politische Unterbrechungen der Geschäftsführung und Konfiskationen der Logenbücher des Sekretariats dies unmöglich machen. ³ Für die Zeit vom 1. Januar bis Oktober 1900.

zwischen 80—55 pZt. der Besucher; in Darmstadt waren gar nur 12,9 pZt. der Besucher Mitglieder einer Organisation. Nur in Hamburg waren 90 pZt. Organisierte gegen 10 pZt. Organisationslose zu verzeichnen, und die Entwicklung des Sekretariats hat Schritt gehalten mit den verfügbaren Mitteln, während bei regelloser Auskunftserteilung gleich 5—6 Beamte nötig gewesen wären. Der Einwand, daß die Zurückweisung unbemittelter Arbeiter wegen mangelnder Organisationszugehörigkeit dem Sekretariat einen guten Teil seiner Werkkraft für die Gewerkschaftsfrage rauben würde, hat nur sehr bedingte Geltung und kann dort nicht ausschlaggebend sein, wo die

fluß oder ein flodenbesäcter Wald war gewiß etwas Schönes, etwas Herrliches — aber wenn die Kälte einem die Thränen in die Augen drängte, trübten sich die Bilder, und der knurrende Magen unterjochte das schönheitliche Empfinden. Dazu feindselige Verachtung bei manchen Leuten, grundlose Verdächtigungen und harte, häßliche Worte. Und, was das Schlimmste war, man sah so Manchen untergehen — Stück für Stück abwärts sinken — und dann eines Tages war der Schnapsbruder, der arbeitscheue Lump fertig... nein! Auch dort, woher er gekommen war, lag das Glück nicht. Und einmal mußte es geschehen, daß er Abschied nahm vom freien Wandern.

Er war aufgestanden. Nun warf er das kümmerliche Mängel mit einem Ruck über die Achsel.

Wie saß stieg es in ihm auf: hinter sich Entbehrung und Verachtung, vor sich das lauernde Ungethüm niederbrückerer Prohn!

Zweifelnd noch stand er einen Augenblick. Dann glitt es ihm plötzlich wie ein heiterer Schimmer über das ernste, braune Gesicht. Der Wille zum Schaffen drängte in ihm. Gewiß, dort unten war wohl die fesselnde, eintönige Plage des Alltags, aber — das wußte er — dort unten war auch ein Gedanke in Tausenden von Seelen mächtig, um den es sich zu arbeiten, zu leben und streiten lohnte. Auch dort gab's eine Welt zu erobern.

Ein vielstimmiger Pfiff tönte herauf aus den Fabriken. Es war Mittag.

Die Sonne stand fast gerade über der Stadt. Und plötzlich schien es dem Wanderer, als breche ihr sprühendes Feuer durch all' den Nebeldunst und zerreiße die düstere Wolfe. Als leuchte sie seinem Eingange ein ermutigendes, freundliches Willkomm!

Und mit erstem und doch heiterem Entschluß faßte er den Stock und ging in schnellem, festem Schritt hinab, der Arbeit zu.

Existenz des Instituts nur in beschränktem Maße möglich ist. Die unterschiedslose Auskunftserteilung an Jedermann führt in ihrer Konsequenz zur Trennung des Sekretariats von den Gewerkschaften und zur Nothwendigkeit kommunaler Subvention, womit ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis verbunden ist, das die freie Entwicklung dieser Einrichtungen wenig fördern dürfte.

Bei den verschiedenen Gebieten der Auskunftserteilung überwiegt überall die Versicherungs-gesetzgebung, und hier von betrafen die meisten Fragen die Unfallversicherung. Dies ist nur zu erklärlich, weil die vom Unternehmerinteresse geleiteten Berufsgenossenschaften am meisten mit dem Arbeiterinteresse in Konflikt kommen. Die Arbeiter müssen also eigenen Kosten das Risiko für den durch die Gesetzgebung bewirkten Ausschluß von der Verwaltung in diesem Versicherungs-zweige tragen. Auch werden die Konflikte hier mit besonderer Hartnäckigkeit und Schärfe ausgefochten, da in der Regel die berufsgenossenschaftlichen Vertreter kein Mittel unberührt lassen, um einem Verletzten die ihm zustehenden Ansprüche völlig oder zum Theil zu bestreiten. Nicht selten führt die Vertretung dieser Ansprüche den Arbeitersekretär zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Organen der Berufsgenossenschaft, wie denn überhaupt dieser Vertretung nicht zu den Annehmlichkeiten seines Wirkens zählt.

Auch die bürokratisch eingerichtete Invaliditätsversicherung erfordert viele Belehrungen, die sich auch nach Schaffung der Rentenstellen nicht bedeutend vermindern werden. Dagegen ist die Beanpruchung in Sachen der Krankenversicherung infolge der populären Verwaltung derselben äußerst gering, und die meisten Anfragen betreffen freiwillige Versicherungen bei Hilfskassen schwindelhaften Charakters, vor denen die Berichte Jahr für Jahr immer aufs Neue warnen müssen.

Auf den Gebieten des Arbeitsvertrages würde die Beanpruchung eine größere sein, wenn nicht die Einführung der Arbeitsordnung in den größeren Fabriken, sowie der Verkehr mit gewerkschaftlich thätigen und in diesen Fragen erfahrenen Kollegen vielen den Weg zum Sekretariat ersparte. Dagegen ist die Benützung des letzteren seit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches mit seinen zahlreichen auf den Dienstvertrag bezüglichen Rechtsgrundsätzen bedeutend stärker geworden. Vor Allem kommen hier die freitragenden Fragen der Lohnzahlung trotz Verhinderung der Dienstleistung (§ 616 B. G. B.), sowie der Lohninbehaltung und Aufrechnung (§§ 273, 294 B. G. B.) in Betracht, die um so mehr zu Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern führen, als von den Organisationen der Unternehmer Arbeitsordnungs-vorschritten durchgesetzt werden, die den Arbeitern nachtheilig sind.

Gegenüber den vorgenannten Rechtsgebieten treten die übrigen in der Frequenz der Arbeitersekretariate zurück. Selbst die Frage des Bürgerrechts und des Erwerbs der Staatszugehörigkeit hat nur in Bayern wegen der dort hinsichtlich des Heimathrechts erwachsenden Schwierigkeiten zu einer erhöhten Beanspruchung der Sekretariate geführt. Auch Steuerangelegenheiten treten beim Arbeitersekretariat an Bedeutung zurück; nur die Miethstreitigkeiten wuchsen in dem Maße, als das Vorgehen der Hausbesitzer durch rigorose Verträge und ungerechtfertigte Miethsteigerungen immer unerträglicher wird. Auch hier dürfte ein nicht geringer Theil der Vertragsdifferenzen auf die durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffene neue Rechtslage hervorgerufen sein.

Unter der Sammelrubrik „Sonstiges“ mußten Auskünfte über die seltener vorkommenden Rechtsgebiete, wie Organisationswesen, Vereins- und Versammlungsrecht, Polizeivorschriften, Armenrecht, Militärisches Gewerbe-recht, Patentrecht, Gemeindeangelegenheiten zc. zc. summirt werden. Die Richterstattung der Sekretariate läßt die Eintheillichkeit ebenso vermessen, wie diejenige der Kartelle; die einen Sekretariate berichten mit großer Spezialisierung, die anderen unterscheiden nur Arbeiter-versicherung, Arbeitsvertrag, Miethsangelegenheiten und Sonstiges. Willentlich gelingt es in Zukunft, dieselbe eintheillicher zu gestalten.

Auf statistischen Gebieten haben die Sekretariate manche anerkannterwertige Aufgabe geleistet. Abgesehen von den allgemeinen Statistiken über den Stand und die Leistungen der Gewerkschaften am Orte, sind Erhebungen über soziale Erscheinungen und Arbeiterverhältnisse zu verzeichnen, unter denen vor Allem die Erhebung des Nürnberger Sekretariats über Haushaltsrechnungen von 44 Nürnberger Lohnarbeiterfamilien Erwähnung verdienen. Die Ergebnisse derselben sind in einer 109 Seiten starken, gründlich bearbeiteten Broschüre*) veröffentlicht worden und haben bereits vielfach bei den Erörterungen über die Lebensmittelvertheuerung durch Hochschützölle Beachtung und Verwertung gefunden. Das Bremer Sekretariat veranstaltete infolge des Ersuchens der Gewerbeinspektion eine Erhebung über die Frauenarbeit in Fabriken; die Ergebnisse derselben umfassen 50 Seiten des Jahresberichts und haben auch in dem vorjährigen Gewerbeaufsichtsbericht volle Anerkennung gefunden. Das Nürnberger Sekretariat veröffentlicht alljährlich eine Reihe von Verurtheilungen und im Berichtsjahre beanspruchten mehrfach Arbeitslosigkeitstatistiken die Thätigkeit von Sekretariaten. Hierbei sei auch die Denkschrift über die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit erwähnt, die das Mannheimer Sekretariat im Auftrage einer durch die sämtlichen Gewerkschaften eingesetzten sozialen Kommission verfaßte und den städtischen Körperschaften, sowie der Deffenlichkeit unterbreitete.

Manche dieser zweifellos nützlichen Arbeiten wären unterblieben, wenn im Sekretariat nicht eine Stelle geschaffen wäre, solche Erhebungen nach zuverlässigen Grundsätzen durchzuführen und in sachkundiger Weise zu bearbeiten.

Die Thätigkeit der Arbeitersekretariate wird nicht bloß in Arbeiterkreisen dankend anerkannt, sondern auch zahlreiche Gewerbeaufsichtsbeamte widmen denselben in ihren offiziellen Jahresberichten ehrende Anerkennung, insbesondere hinsichtlich der durch die Sekretariate wahrgenommenen Beschwerdevermittlung. Mancher Fall ungesetzlicher Ausbeutung und mancher gesundheits-schädliche oder unfallgefahrbedrohende Mißstand in Fabriken wäre der Kenntniß der Beamten entgangen, wenn nicht das Sekretariat die ihm gemachten Angaben untersucht und festgestellt, sowie der Inspektion mitgetheilt hätte. Freilich besteht dieses Maß von vorurtheilsloser Verthädigung nicht in allen Gegenden Deutschlands. In Preußen betrachtet die Aufsichtsbureauftratie die Beschwerdevermittlung nicht als eine Erleichterung, sondern als eine unbequeme Einmischung, und wenn man auch derartige Beschwerden nicht völlig ignoriren kann, so geschieht doch nicht das Mindeste zur Förderung des gegenseitigen Verkehrs.

Noch mißtrauischer betrachteten manche Polizeibehörden die Sekretariate. Welchen Verfolgungen diese Institute in Beuthen

und Posen ausge-setzt waren, haben wir bereits früher berichtet. In Nürnberg hat man es bei den erstmaligen Strafmandaten wegen unbefugter Zulassung eines städtischen Namens bewenden lassen. In Gera dagegen hat der Stadtrat, geführt auf eine völlig unzutreffende Auslegung des § 85 der Gewerbeordnung, dem Arbeitersekretär die Ausübung seines „Gewerbebetriebes“ untersagt, weil derselbe (wegen politischer Handlungen) vorbestraft sei. Wir bezweifeln, daß diese Maßregel angeht, der bei der Reichstagsberatung des § 85 abgegebenen Erklärungen des Vertreters der verbündeten Regierungen, aus denen hervorging, daß die lediglich gemeinnützig thätigen Arbeitersekretariate der Gewerbeordnung gänzlich unterstehen, aufrrecht erhalten bleiben kann. Aber schon diese mehrfachen Erfahrungen zeigen, welcher Art die Aufmerksamkeit ist, deren sich diese Arbeiterschöpfungen bei den Behörden erfreuen, und sie deuten ferner die Gefahr an, die ihrer wartet, wenn sie den letzteren durch Gebührenerhebung eine tatsächliche Grundlage für die Behandlung nach § 35 der Gewerbeordnung böten.

Seit Jahresfrist ist die Errichtung eines Zentralsekretariats in Berlin mit der speziellen Aufgabe der Vertretung der Arbeiter bei Klagen vor dem Reichsversicherungsamt lebhaft erörtert worden. Der von den Münchener Arbeitersekretären ausgehende Vorschlag hat allgemeinen Anklang gefunden und wäre auch bereits verwirklicht worden, wenn nicht die Aufbringung der Mittel (die Kosten sind mit M. 10 000 pro Jahr nicht zu hoch eingeschätzt) auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Eine Belastung der bestehenden Arbeitersekretariate, wie sie von verschiedenen Seiten geplant war, verbot sich aus Rücksicht auf die ohnehin finanziell stark beanspruchten lokalen Grundlagen derselben, und die Kosten den Berliner Gewerkschaften aufzubürden, wäre angesichts des minimalen Nutzantheils derselben ein Unding. Auch eine theilweise Heranziehung dieser Organisationen zur Aufbringung der Mittel erschien nicht als geeignet, eine dauernde Einrichtung aller Gewerkschaften, die doch beabsichtigt war, zu schaffen. Da aber die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands z. Bt. ebenfalls außer Stande war, ihr Budget mit einer derartig hohen und dauernden Mehrausgabe zu belasten, so blieb nichts übrig, als die Entscheidung bis zum nächstjährigen Gewerkschaftskongress zu vertagen. Da sich bereits mehrfach der Mangel eines solchen Sekretariats am Sitze des Reichsversicherungsamtes bitter fühlbar gemacht hat, so haben wir die Hoffnung, daß der allseitig anerkannte Vorschlag im nächsten Jahre verwirklicht werden kann.

In mehreren Städten rief die durch die Errichtung von Sekretariaten bewirkte Belastung der örtlichen Gewerkschaften nicht allein starke Opposition hervor, sondern führte in der Folge auch zum Austritt einzelner Verise aus den Gewerkschaftskartellen, wodurch die letzteren finanziell geschwächt wurden. Größer als dieser Nachtheil ist aber jedenfalls die Einbuße, die das Ansehen der Gesamtarbeiterschaft durch solche mit den Grundsätzen der Solidarität unvereinbaren Absonderungen erfährt. Wenn auch manche der gegen den unmittelbaren Nutzen des Sekretariats für die eine oder andere Gewerkschaft erhobenen Einwände nicht jeder Begründung entbehren, so sollte doch keine der an einem Kartell beteiligten Gewerkschaften ihre finanziellen Kräfte einer Sache entziehen, für deren Nothwendigkeit sich die Mehrheit der örtlich organisierten Arbeiterschaft im Urabstimmungswege erklärt hat. Am wenigsten dürften solche sicherlich im allgemeinen Interesse liegenden Einrichtungen zum Anlaß benutzt werden, die Zusammengehörigkeit aller Gewerkschaften aufzulösen. Man vergegenwärtige sich stets, daß die Arbeitersekretariate vornehmlich Gewerkschaftseinrichtungen sind und eine der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben, die Rechts-judgmentsgewährung, am Orte in denkbar bester Weise verwirklichen. Gerade ihr Eingreifen in Rechtsstreitigkeiten erleichtert den Gewerkschaftsmitgliedern die Erlangung ihres Rechtes und erspart den Organisationen manche Kosten für erfolglose Prozesse. Ihr Nutzen für die Organisationen ist daher wenigstens mittelbar kein geringer, völlig abgesehen von der Mitarbeit des Sekretariats auf den Gebieten der Organisation und Agitation.

Andererseits sind solche Vorgänge dazu angethan, eine besonders eingehende Prüfung der Nothwendigkeit und der finanziellen Basis dort eintreten zu lassen, wo neue Arbeitersekretariate geplant werden. Es wäre ein schlechter Tausch, wenn anstatt eines Ausbaues der Gewerkschaftsbewegung örtliche Abspaltungen die Folge sein würden. Insbesondere muß bei der Gründung von Sekretariaten auch der Ansehen vermieden werden, als solle das neue Institut wohl zum großen Theil aus gewerkschaftlichen Mitteln erhalten, im Uebrigen aber von gewerkschaftlichen Aufgaben und Einkünften isolirt werden. So lange nicht allseitig Klarheit und Zustimmung über alle Fragen der Organisation und Erhaltung geschaffen ist, vertage man lieber die Entscheidung, anstatt eine Zersplitterung der Arbeiterschaft herbeizuführen. Vorgänge, wie die hier erwähnten, sind Folgen einer sich überstürzenden Entwicklung; sie können vermieden werden, wenn bei der Gründung die etwa vorhandenen Meinungsverschiedenheiten sorgfältig geklärt werden. Das Gute bricht sich schließlich doch Bahn, und daß der Gedanke der Arbeitersekretariate ein guter ist, das lehrt neben ihrer raschen Ausbreitung und ihren günstigen Erfahrungen auch die That-sache, daß Konkurrenzinstitute von katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, von S.-D.'schen Gewerbevereinen und seit einigen Jahren sogar von Stadtgemeinden und — von Unternehmerverbänden gegründet werden. Aber weder diese, noch die polizeilichen Chikanen können die fernere Entwicklung unserer Sekretariate verhindern. Sie werden auch in Zukunft Anwälte der Arbeiter sein und diese in ihrem Kampfe um's Recht auf das Nachdrücklichste unterstützen.

Verbandsnachrichten.

Quittung der Hauptkasse.

Zu der Zeit vom 1. bis zum 31. August 1901 gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten ein:

Aus Annaburg M. 19,30, Arneburg 8,80, Altona 150, Boizenburg 39,92, Brühl 32,72, Breslau 900, i. Rechn. 3, Beuthen 7,67, Beilitz 58,88, Berlin 2400, Burg 100, Burgstädt 16, Barby 34,28, Braze 33,92, Bremerbörde 4,99, Kößlin 177,20,

*) Nürnberg 1901, Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Crimmichau 157,78, Crumstadt 42,82, Dortmund 300, Darmstadt 47,30, Dessau 27,39, Dresden 585,40, i. Rechn. 300, Düben 14,98, Duisburg i. Rechn. 12, Gisleben i. Rechn. 12, Gypshain 32,84, Oberfeld 54,26, Eifenberg 40, Erfurt 150, Eichborn 34,80, Eckernförde 66,64, Eberswalde 30, Frohburg 23,04, Hensburg 120, Friedrichroda 15,04, Frankenthal 49,96, Freimwalde 16,04, Friedrichsberg 320,16, Fraußtaß (Gintr.) 6, Frankenhausen 20, Freiburg 151,58, i. Rechn. 2,90, Gollnow 5,18, i. Rechn. 43,20, Gr.-Neuendorf 26,49, Greifswald 28,04, Gnoien 37,68, Göttingen 26,92, Helsenbergen 58,96, Hannover 300, Heidelberg 127,45, Halle 63, i. Rechn. 12, Helmstedt 36,25, Herne 93,86, Hamburg 2000, Kattowiz i. Rechn. 8,30, Kiel 1604,64, Koblenz 96, Loffstedt 259,28, Ludwigslust 48,38, Lauterbach 18,98, Leipzig 800, Langendiebach 139,02, Lübeck 850, Lemgo 22,50, Liegnitz 58, Mülheim a. d. R. 90,48, M.-Glabbach 50, Mhlau 23, Magdeburg 550, Mannheim 350, Nürnberg 200, Neumünster 65, Nowawes 100, Quedlinburg 45,86, Obersee 20,40, Ottersleben 100, Ober-Wöllstadt 23,40, Pirmasens 9,60, Pforzheim 28,20, Petersdorf 13,12, Peine 66,92, Rabeburg 20, Reichenbach 5,74, Riesa (Gintr.) 9,50, Recklinghausen (Gintr.) 9,50, Rixdorf 130, Rheingönheim 31,92, Neulingen 28,25, Saalfeld 93,41, Schleswig 58,54, Saarbrücken 22,50, Seehausen 23,68, Schwelm 18,90, Swinemünde 150, Steglitz 40, Schneidemühl (Gintr.) 14,40, Spremberg 90,04, Staßfurt 93, Schödelheim 39,82, Stargard 30,24, Thönitz (Gintr.) 4,80, Thorn 50, Trebbin 57,08, Teltow i. Rechn. 20, Uckermark 15,06, i. Rechn. 41,28, Uckermark i. Rechn. 21,60, Wandsbeck 171,08, Wöngrowitz 29,44, Wiesbaden 245,96, i. Rechn. 21,60, Wolgast 51,79, Witten 65,45, Wolfenbüttel 21,12, Weisenau 93,60, Westerland 58,40, Wismar i. Rechn. 33,70, Zerbst 50, Einzelzahler der Hauptkasse 167,35; für Restzahlung: Meißen 5, Goldberg 10,90, Straubing 3,29, Heibingfeld 30,80; Streikunterstützung zurück: Solzminde 36,60, Wismar 5,40, Schwerin 19,13, Cöslin 5,70; Kolportage-Marken: Liegnitz 2, Seeburg —,40; Protokolle: Arnberg —,20, Burgstädt 1, Boizenburg 1, Crumstadt 1, Darmstadt 2,40, Düsseldorf —,40, Friedrichsberg 2,15, Freiburg 1,35, Geesthacht 1,50, Göttingen —,20, Kiel 15, Loffstedt 3,40, Mülheim a. Rh. 1,50, M.-Glabbach 2,50, Pforzheim —,75, Saalfeld 1,25, Schleswig 1,50, Seehausen —,85, Schwelm —,85, Spremberg —,70, Staßfurt —,40, Wiesbaden 2,15.

Streikfonds.

Aus Annaburg M. 6,40, Arnst. 20, Arnstadt 42, Bremen 200, Bruchmühle 35, Veitsh 20,75, Dielefeld 64, Belgitz 13,60, Burg 28, Vornburg 42, Warby 15,20, Bennenbeck 7,60, Calbe 54, Cassel 49,60, Colberg 78,20, Crampas 18, Düben —,80, Düsseldorf 331,30, i. Rechn. 190,30, Doberan 16, Delmenhorst 30, Dietesheim 6, Duisburg 89,60, Erfurt 50, Guttin 48, Eckernförde 10, Freiburg 28, Friedeberg 23,60, Freiberg 6, Hensburg 50, Frankenhausen 5, Flottbek 100, Fürth 28, Grevesmühlen 28,40, Gräfenhain 16,20, Gartz 9,50, Guben 35,40, Gießen 38,80, Gollnow 8,20, Gurburg 200, Hamburg 1746, Heddingen 21,60, Helmstedt 7, Jüterbog 44, Kellinghusen 48, Koswig 13, Kiel 232,40, i. Rechn. 33,60, Lübeck 400, Lüdnitz 73,20, Langenbielau 29,60, Lehnitz 25, Lemgo 1,26, Magdeburg 128, Mannheim 337,60, Münster 30, Mindenheim 24, Merseburg 10, Neumünster 35, Neuruppin 98,40, Osnabrück 36, Ottersleben 66,40, Rothemühl 24, Müchternberg 33,80, Ribnitz 8,70, Ruhdorf 35,20, Schwartzau 60,80, Schleswig 27, Seehausen 4,80, Steinbei 30, Schönberg 49,20, Sonnerburg 18, Schweib 25,60, Torgau 42, Wolgast 2,35, Wöngrowitz 12,80, Wöckern 36,80, Wusterhausen 15,20, Zerbst 25, Einzelzahler der Hauptkasse 12,80.

NB. Unsere Adresse lautet fortan (statt Hamburg-Darmstedt) Hamburg 22, Fehlfir. 28, 1. Etage. D. D.

Unsere Lohnbewegungen.

Streik in Düsseldorf. In Nr. 34 berichteten wir, daß die Innung erklärt habe, nur mit dem Gesellenauschuß zu verhandeln. Unsere Kameraden haben dem Rechnung getragen. Am 28. August hielt die Innung eine Versammlung ab, in welcher die Forderungen unserer Kameraden abgelehnt wurden. Am 29. August fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, welche sich mit dem Beschluß der Innung beschäftigte. Nach längerer Verhandlung wurde beschlossen, überall dort, wo die Forderungen nicht bewilligt werden, am Freitag, den 30. August die Arbeit nicht aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde der Innung durch folgendes Schreiben kundgegeben:

An die Freie Bauinnung für den Kreis Düsseldorf.
 z. G. des Obermeisters Herrn E. Verna u.
 Theile der Böbl. Bauinnung ergeben sich mit, daß die gestern, am 29. August, stattgefundene Zimmererverversammlung infolge der vollständig ablehnenden Haltung der Bauinnung, den Forderungen der Zimmerer gegenüber, beschloß, am Freitag früh auf allen Arbeitsstellen, wo der eingereichte Lohnsatz die Unterschrift des Meisters nicht gefunden hat, die Arbeit ruhen zu lassen. Gleichzeitige erlaube ich mir mitzutheilen, daß der Gesellenauschuß durch die Versammlung ermächtigt wurde, zwecks Beilegung der Differenzen zu jeder Zeit mit der Bauinnung in Verhandlung zu treten. Hochachtungsvoll
 J. V.: G. K r e m s e r.

Bei 7 Unternehmern, welche zusammen 22 Mann beschäftigten, sowie bei der Firma Brandt mit 32 Mann und auch auf dem Ausstellungspalast, wo circa 200 Zimmerer beschäftigt sind, brauchte die Arbeit nicht eingestellt zu werden, weil die Forderungen bewilligt wurden. Die Zahl der Streikenden, welche sich sofort in die Streiklisten eintragen ließen, betrug 125.

Mit der Firma Voswau & Knauer ist nachstehender Vertrag abgeschlossen worden:

1. Die Firma Voswau & Knauer verpflichtet sich, vom 1. August bis 30. Oktober 1901 65 s., vom 1. November 1901 bis 30. Januar 1902 70 s., vom 1. Februar bis 15. März 1902 75 s., vom 15. März bis zum Beginn der Ausstellung 80 s. pro Stunde zu zahlen.
2. Die Lohnzahlung erfolgt am Sonnabend von 4 Uhr ab und soll bis 6 Uhr erledigt sein.
3. Die Arbeitszeit ist, so lange wie möglich, 10 Stunden.
4. Sonnabends ist um 6 Uhr Feierabend, doch wird der Tag bis 7 Uhr bezahlt.
5. Die ortsanfälligen Zimmerer werden bei Einstellung möglichst berücksichtigt.

6. Die Zahlstelle Düsseldorf des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands verpflichtet sich, keine weiteren Forderungen betreffs Lohnerhöhungen oder Verkürzung der Arbeitszeit an die Firma Voswau & Knauer zu stellen.

Vorstehender Vertrag versteht sich nur für die angeführte Zeit und auf dem Terrain der Gewerbe-, Industrie- und Kunstausstellung in Düsseldorf.

Zugang nach Düsseldorf muß ferngehalten werden. Das Bureau des Vertrauensmannes befindet sich im Restaurant Grobe, Kölnnerstraße 173, part.

Streik in Wernigerode. Am Ende des Streiks hat sich im Laufe der letzten Wochen recht wenig geändert. Mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes fand eine Verhandlung statt, wobei derselbe erklärte, dafür einzutreten, daß die im Juli abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen. Die Zahl der Streikenden beträgt noch 25, ein Teil davon wird, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, noch abreisen. Zugang muß fern gehalten werden.

Streik in Querfurt. In der vorigen Nummer berichteten wir, daß eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattgefunden habe, jedoch resultatlos verlaufen sei. Der Bürgermeister hat nunmehr unsere Kameraden ersucht, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, was demnächst auch geschehen wird. Zwei Kameraden waren angeklagt, durch Streikpostenstreichen groben Unfug verübt zu haben, mußten aber freigesprochen werden. Die Zahl der Streikenden beträgt noch 20. Zugang muß fern gehalten werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bunzlau. Am 20. August fand im Gasthof „Zum goldenen Stern“ eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Stenkowski aus Berlin über das Thema: „Wie sind die schlechtesten Kameraden am besten für den Verband zu gewinnen?“ sprach. Redner wies darauf hin, wie Selbstsucht und Egoismus wohl die meisten Kameraden vom Verbands fern halte, wie ein Jeder nur an sich denke und nicht daran, daß wir nur geschlossen eine Macht bilden, daß wir nur dann etwas erreichen, wenn wir Alle organisiert sind. Er empfahl, mehr die Kleinagitation von Mund zu Mund zu betreiben, denn in die Versammlungen kommen die dem Verbands nicht angehörenden Kameraden doch nicht. Dem Redner wurde nach Beendigung seines Vortrages reichlicher Beifall gesendet. Es wurde dann noch Kamerad Otto Schubert aus Tilsendorf als Delegirter zu dem demnächst in Breslau abzuhaltenden Delegirtenkongress gewählt.

Dübeln. Die hiesige Zahlstelle entfaltete am 1. d. Mts. eine außerordentliche Hausagitation, an welcher sich auch zwei Leipziger Kollegen beteiligten. Das Resultat ist als ein sehr günstiges zu nennen, denn es sind 20 neue Mitglieder gewonnen worden. Bisher hat man sich immer auf die öffentlichen Versammlungen beschränkt, die nur sehr minimale Erfolge zeitigten, weshalb man ruhigen Muthes behaupten kann, daß 5-6 Versammlungen, welche immer mit sehr hohen Geldlosten verbunden sind, wohl kaum den Erfolg aufgewiesen hätten. Es ist daher zu empfehlen, auch in anderen Orten dies Beispiel nachzuahmen.

Essen. Am 25. August fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, welche von circa 70 Zimmerern besucht war. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die Aufgabe des Verbandes zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. 2. Referent Redakteur Düwelle. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Der Referent, Kollege Düwelle, schilderte die Aufgabe des Verbandes zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges in einer einstündigen Rede, und wurde dieselbe mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Redner und es wurde hauptsächlich gegen das Ueberstundenarbeiten Stellung genommen, indem betont wurde, daß gegenwärtig genug Arbeitskräfte vorhanden seien, und daß Ueberstundenarbeiten absolut nicht geduldet werden dürfe. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch mehrere Punkte erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Fraustadt. Am 31. August fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Vorstandswahl und Verschiedenes.“ Nachdem die Vorstandswahl erledigt war, wurde beschlossen, einen Beitrag von 5 s. pro Woche zum Lokalfonds zu zahlen; ferner wurde beschlossen, am Dienstag nach dem 1. Oktober eine Mitgliederversammlung abzuhalten, in welcher aber eine öffentliche Zimmererverversammlung stattfinden zu lassen, in welcher Kamerad Wabke aus Liegnitz einen Vortrag halten wird. Nachdem noch die Wahl von Platzdeputirten vollzogen war, hielt der Maurer und Mitbegründer der Zahlstelle, Paul Heinrich, eine Ansprache. In treffenden Worten forderte er die Kameraden auf, dafür zu sorgen, daß alle Berufscollegen dem Verbands angehören. Aber nicht bloß in diesem Sinne solle Jeder thätig sein, sondern er solle auch seine Beiträge pünktlich entrichten und an den Versammlungen teilnehmen. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. Am 21. August fand im neuen Gewerkschaftshause unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Der Vorsitzende wies in seiner Einleitung darauf hin, daß es nach Jahre langen Bemühungen den organisierten Arbeitern von Frankfurt a. M. und Umgegend gelungen sei, ein eigenes Heim zu gründen. Demgemäß muß es unsere Pflicht sein, dieses Unternehmen materiell und finanziell zu unterstützen. Wir hoffen auch, daß unsere Organisation hier in diesem Hause noch stärker werden möge als sie es bis her bisher war, damit wir allen Anfechtungen und Stürmen, welche uns baldigt von den Unternehmern aufbeschwoeren werden, mit aller Energie zurückweisen können. Der Kassirer verlas die Abrechnung vom Sommerfest, welches einen Ueberfluß von M. 147 ergeben hatte. Auf Antrag des Festcomités wurden M. 30 dem Landescomité für Bauarbeiterschutz überwiesen, und M. 117 der örtlichen Verwaltung. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Ueber die Verschmelzung der Gewerkschaftsbibliotheken entspann sich eine lange Debatte. Die meisten Kameraden standen auf dem Standpunkt, unsere Bibliothek der Gewerkschaftsbibliothek zu überweisen und zwar mit dem Bemerkten, daß das Eigentumsrecht vorbehalten werden müsse. Den einzelnen Kameraden sei mehr Gelegenheit ge-

boten, sich geistig auszubilden, da verschiedene Gewerkschaften sehr große Bibliotheken besäßen, und eher einer Auswahl stattgegeben werden kann. Bei der Wahl eines Lohnkommissionsmitgliedes zeigte sich recht deutlich, inwiefern die Kameraden den Muth besitzen, einen derartigen Posten zu bekleiden, von den zwölf vorgeschlagenen Kameraden hatte keiner den Muth, das Amt anzunehmen, bis es dem Vorsitzenden gelungen war, nach langem Hin- und Herreden endlich einen Kameraden dafür zu gewinnen. Wir meinen, es sei doch jetzt an der Zeit, daß man von einer Weingfügigkeit nicht mehr sprechen kann, sondern den Unternehmern zeigen muß, daß wir uns stark fühlen. Betreffs der Arbeiterreferentariatsmarken wurde beschlossen, daß der Kassirer die Marken zu verschleifen habe, wodurch eine bessere Kontrolle ausgeübt werden kann. Der Vorsitzende macht noch darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit ein Statistikt aufgestellt werde, inwiefern die Lohnverhältnisse verschlechtert hätten. Dazu sei vor Allem auf jedem Platze ein Kamerad zu bestimmen, welcher den Fragebogen nach bestem Wissen ausfüllen soll. Wenn dieses geschieht, werde es der Kommission ein Leichtes sein, die Mißstände, welche auf den Plätzen herrschen, zu beseitigen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Fürstentwalde. Am 25. August fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen und die Beiträge erhoben waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurde zunächst angefragt, warum die Sperre über das Geschäft von Albrecht nicht mehr im „Zimmerer“ bekannt gemacht werde. Beschlossen wurde, die Sperre noch weiter bestehen zu lassen. Beschlossen wurde ferner, daß Berichte mit dem Zahlstellenstempel versehen an die Redaktionen von Zeitungen zu senden sind. Nunmehr wurde über den Fall Briese verhandelt. Beim Zentralvorstande war der Ausschluß des Briese beantragt worden, weil B. an der Quartalsfeier theilgenommen. Der Zentralvorstand hatte den Ausschluß abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es Aufgabe des Verbandes nicht sein müsse, so erzieherisch zu wirken, daß sich die Mitglieder von Vereinigungen, welche den Interessen der Arbeiter nicht dienen, von selbst fernhalten. In der Versammlung war aber die Meinung vorhanden, daß der Ausschluß trotzdem erfolgen müsse, zum warnenden Beispiele. Ferner wurde der Beschluß vom 28. März, wonach Mitglieder, welche ohne Abmeldung der Zahlstelle längere Zeit fern bleiben, bei ihrer Wiederanmeldung einen Jahresbeitrag nachzuzahlen haben, erneuert. Nachdem noch verschiedene andere Sachen ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Fürth. Am Sonntag, den 11. August, fand eine Mitgliederversammlung statt, in der unter Anderem auch die Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung vorgenommen wurde. Nachdem das Protokoll verlesen und für richtig anerkannt, verlas der Kassirer die Abrechnung, welche von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Als sich sodann noch verschiedene Kameraden für und gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Görlitz. Am 19. August fand eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, welche leider ebenso schwach besucht war wie die am 4. August. Kamerad Stenkowski aus Berlin war als Referent erschienen. Derselbe hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Wie sind die Zimmerer Schlesiens für den Zentralverband zu gewinnen.“ In seinen Ausführungen verwies er erstens darauf, daß seitdem die kapitalistische Wirtschaftsweise bei uns in Deutschland immer mehr um sich gegriffen, der Anschluß der Arbeiter an ihre Berufsorganisationen immer größer geworden ist. Leider kann Dieses von Schlesiern nicht gesagt werden, denn nach der letzten Berufszählung ist erwiesen, daß von den Zimmerern Schlesiens nur ein verschwindend kleiner Theil organisiert ist. Hierbei rügte Redner ganz besonders, daß in einem Land wie Schlesien, welches von der Natur an Schönheiten so außerordentlich reich gesegnet sei, aber eine so beschränkte stubide Arbeitermasse besitze. Schlesiern ist so recht zu einer Streikbrecherkolonie geworden. Redner forderte die Anwesenden auf, diesen Schimpf von Schlesiern abzuwälzen. Es müsse Pflicht der organisierten Zimmerer sein, auch während der schlechten Konjunktur die Kleinagitation, speziell auch in der Umgegend, ganz intensiv zu betreiben. Reicher Beifall wurde dem Redner für seinen mit großer Beileidigung aufgenommenen Vortrag gezollt. Hierauf wurde Kamerad Gottschling als Delegirter zum Provinzialverbandstage nach Breslau gewählt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Hamburg. Am 22. August fand bei Hilmer die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Unsere Stellungnahme der Affordvereinigung der Maurer Hamburgs bezw. dem Parteischiedsgerichtsanspruch, sowie dem Parteikontrolleuren gegenüber.“ Das Referat hatte Kamerad Schröder übernommen. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Der von Seiten des Zentralverbandes der Maurer beantragte Ausschluß der Maurer aus der sozialdemokratischen Partei, welche der Freien Vereinigung angehören und Streikbruch begangen haben, habe durch den Schiedspruch des auf Grund des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei gebildeten Schiedsgerichts, sowie durch die Entscheidung der Parteikontrolleure nicht nur hier in Hamburg sondern in allen Gewerkschafts- und Parteifreien Erregung hervorgerufen. Es wäre jetzt nicht mehr angängig, diese Sache, nachdem die Partei sich dieselbe zu eigen gemacht habe, als eine interne Angelegenheit der Maurer zu betrachten. Der Schiedspruch und die Entscheidung der Kontrolleure stehe jetzt im Vordergrund. Wenn man den Schiedspruch näher betrachte, so müsse es wunderlich erscheinen, wenn das Schiedsgericht nach Vorlegung der Frage: „Ist Streikbruch eine ehe-lose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts?“ diese einstimmig bejaht. Die zweite Frage, ob in dem Verhalten der Maurer der Freien Vereinigung ein Streik- oder Sperrebruch vorliege, aber einstimmig verneint habe, obwohl in der Begründung dem Zentralverbande der Maurer betreffs Abschaffung der Affordarbeit warme Sympathie ausgedrückt wird, dagegen das Gebahren der Mitglieder der Freien Vereinigung auf's Tiefste bedauert wird, weil sich dieselben Majoritätsbeschlüssen nicht fügten und eine Lokalorganisation gründeten. Die dritte Frage, haben die Affordmaurer dort, wo Verbandsmaurer und Zimmerer gemeinsam die Arbeit niederlegten, Zimmererarbeiten verrichtet, wurde in bejahendem Sinne beantwortet. Romischer Weise wurde

Die Handlungswerte damit entschuldigt, daß sich die Affordmaurer in einer Zwangslage befunden hätten und haben, um ihre Mauerarbeiten verrichten zu können, Zimmererarbeiten gemacht. Im Weiteren wurde die Frage seitens des Schiedsgerichts, ob sich die betreffenden Maurer in allen Fällen den Unternehmern zur Verfügung stellen wollten, als nicht erwiesen verneint. Denn die Affordmaurer bewiesen laut ihren Protokollen, daß diesbezügliche Beschlüsse ihrerseits nicht gefaßt seien, und daß diese Behauptungen nur aus bürgerlichen Mäthern stammten. Nach Beantwortung aller dieser sich selbst gestellten Fragen kam dann das Schiedsgericht zu folgendem einstimmigen Beschluß: „Das am 15. Juli 1901 in dem Konferenzsaale des „Echo“ tagende, vom Parteivorstand berufene und aus neun Parteigenossen bestehende Schiedsgericht hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Thatbestände den Antrag der vier Parteivereine von Hamburg und Wandsbek auf Ausschluß sämtlicher vom Zentralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen aus der Partei einstimmig abgelehnt.“ Im ähnlichen Sinne ist auf eingelegte Beschwerde der Entscheid der nächst höheren Instanz, der Parteikontrolleure ausgefallen. In allem zusammengekommen, decken sich die Entscheidungen der angerufenen Instanzen. Man verurteilt wohl das Verhalten der Affordmaurer auf das Entschiedenste, aber was konsequenter Weise doch unbedingt hätte geschehen müssen, wenn man Streikbruch als eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts aufsaßte, der Ausschluß, erfolgte nicht. Die in Betracht kommenden Maurer waren aber nicht Personen, die ihre Handlungsweise aus Unwissenheit vollbrachten, sondern, wie das Schiedsgericht auch selber sagte, daß dieselben sich als Parteigenossen längere Jahre gut bewährt und große persönliche und materielle Opfer der Arbeiterbewegung gebracht haben. Es waren also Leute, welche in voller Ueberlegung die Majoritätsbeschlüsse der Gewerkschaft, hier des Zentralverbandes der Maurer, zu durchkreuzen suchten, und es auch verstanden haben, dieses fertig zu bringen. Sie kümmerte es nicht, wie es ihren Mitkollegen geht. Man kann sagen, nur aus rein materiellen und egoistischen Gründen, um augenblickliche Vortheile zu erringen, griffen diese Leute zu dem seit Jahren von den Hamburger Bauarbeitern bekämpften System der Affordarbeit. Nachdem es dem Verbande der Maurer durch Schaffung eines korporativen Arbeitsvertrages gelungen war, diese Affordarbeit zu beseitigen, unternahm es eine Handvoll Maurer, auf alle nur irgend denkbare Art das Errungene zu nichte zu machen. So muß es doch als unerhört betrachtet werden, wenn man von Seiten der Partei sich nicht bequemen wollte, dieselben auszuschließen. Wenn die seitens der angerufenen Parteinstanzen gefaßten Beschlüsse durch den demnächst in Lübeck stattfindenden Parteitag Geltung erhalten sollten, dann müßte dieses unbedingt zu einer Korruption sondergleichen innerhalb der Partei und Gewerkschaft führen. Ebenso gut kann man sagen, nachdem sich das Schiedsgericht auf den Standpunkt gestellt und sagt, die betreffenden Maurer haben bei dieser Arbeitsmethode schlecht und recht ihr Auskommen gefunden, daß, wenn eine Gewerkschaft beschließt, es wird statt der gebräuchlichen Arbeitszeit eingeführt, ein Meilenstein sagt, ich habe seit Jahren bei dieser Arbeitsmethode, nämlich der gebräuchlichen Arbeitszeit, mein Auskommen gefunden und sich weigert, den Majoritätsbeschlüssen nachzukommen, er dann nach Auffassung der Schiedsgerichtsrichter kein Streikbrecher wäre. Wenn man weiter bedenkt, daß die Freie Vereinigung durch Winkelzüge die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsverträgen illusorisch oder aussichtslos mache, so muß man zu der Auffassung kommen, daß die in Betracht kommenden Maurer bemüht die Untergrabung der Zentralorganisation anstreben. Redner empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige, am 22. August tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes der Zimmerer erblickt in dem Bestreben der hiesigen Zahlstelle des Maurerverbandes, endgültige Beseitigung der Affordarbeit im Mauerzergewerbe, einen im Interesse der gesamten Bauarbeiterschaft, sowie des Lebens und der Gesundheit des Publikums liegenden Akt notwendiger Beseitigung unerhörter Zustände im Baugewerbe. Die Versammlung betrachtet deshalb, vom Standpunkte der Arbeiterbewegung aus, die Handlungsweise der nach wie vor in Afford arbeitenden Maurer, durch welche dieselben bewußt gegen die Beschlüsse der Organisation arbeiten, mit der Absicht, sich einen persönlichen Vortheil zu verschaffen, unbekümmert darum, welche Konsequenzen ihr unkollegiales Handeln auf das Fortkommen ihrer übrigen Kollegen bezw. der Bauarbeiterschaft überhaupt oder deren Organisationen verursacht, als eine unabwiesbare ehrlose Handlung, welche die schärfste Verachtung aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verdient. Die Versammlung muß somit mit aller Entschiedenheit den in Sachen des Antrages betreffs Ausschluß der sich in bewußter Weise vergangenen Maurer aus der Parteiorganisation durch das Schiedsgericht und in Bestätigung der Partei-Kontrollkommission gefaßten Schiedsbeschlüsse, besonders der Begründung derselben, ihre Sympathie verweigern, da durch letztere die Disziplin und Machterhaltung der Gewerkschaften sowie das Ansehen der politischen Parteiorganisationen nicht nur arg in Frage gestellt wird, sondern in Gefahr steht, gänzlich untergraben zu werden. Im Interesse des ferneren Ansehens der sozialdemokratischen Parteiorganisation, sowie der ferneren Möglichkeit, durch die gewerkschaftlichen Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete eine Macht zu entfalten, welches Weides nur dann erzeugt werden bezw. erhalten bleiben kann, wenn beide Organisationen Hand in Hand ihre Reihen von disziplinlosen und moralisch defekten Elementen frei halten, erwartet die hiesige Zahlstelle des Zimmererverbandes von dem im September stattfindenden Parteitag eine Annullierung der beregten Schiedsbeschlüsse begründet und dessen logische Konsequenzen im Sinne vorerwähnter Motive.“ Innerhalb der nun folgenden Diskussion wurde von Schnad eine vom Vorstand der Zahlstelle abgefaßte Resolution verlesen, in welcher in Uebereinstimmung mit dem Entscheid der sozialdemokratischen Parteikontrolleure diese reine interne Gewerkschaftsangelegenheit der Partei zur Entscheidung vorgelegt worden sei, verurteilt wird. Die Resolution bedeuft sich aber bezüglich der Beurteilung der Affordarbeit mit Schrader's Resolution. Schnad führte an, daß in dieser Angelegenheit seitens der Partei unbedingt Arbeit geschaffen werden müsse, und daß die Vorkommnisse

zeigen, daß die Beseitigung der Affordarbeit als verflucht zu betrachten ist. Wenn man das jetzige Vorgehen der Maurer betrachte, so zeuge dieses nicht von besonderer Stärke, wenn beinahe 3000 Verbandmitglieder 200 Vereinsmitglieder nicht zur Maison bringen könnten. Was anderen Organisationen in ähnlichen Fällen gelungen, das würde doch den Maurern ohne Anrufung der Partei mit der Zeit ebenfalls gelungen sein. Er könne sich garnicht hineindenken, was sich die Verbandsmaurer mit der Ausschließung der 50 namhaft gemachten Maurer vorgestellt hätten, denn die erfolgte Ausschließung schließe doch nicht ohne Weiteres in sich, daß dieselben dann nicht mehr in Afford arbeiten und sich ohne Weiteres dem Zentralverbande wieder anschließen würden. Die weiteren Ausführungen des Redners blieben unverständlich, weil durch viele Zwischenrufe Schluß verlängert wurde. Alle weiteren Redner, als Moll, Römer, Koppheist, Groß, Rathmann, Wade und Butter schlossen sich den Ausführungen Schrader's an. Dreher und Händel stellten sich auf Seiten der Vorstandesresolution. Die Resolution Schrader wurde gegen eine Stimme angenommen. Unter Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde mitgeteilt, daß Zimmermeister Schürmeister am Bau Fruchthalle sich nicht entblödet habe, zum Schalen der steilen Mansardendächer Schülungen zu verwenden. Ferner lag seitens des Kameraden Köhne eine Beschwerde gegen den Kameraden Butter vor, derselbe hatte nach Aussage nicht die Interessen des Verbandes hochgehalten, indem derselbe das Anspitzen der Manupfähle auf dem Spitzfloß in Gegenwart des Meisters in seiner Eigenschaft als Polier nicht als Wasserarbeit beurtheilte und somit der tarifmäßige Aufschlag nicht zu zahlen sei. Butter wurde auf Antrag eine Rüge ertheilt. Im Weiteren wurde erwähnt, daß die bei Zimmermeister Dudler beschäftigten Kameraden stets Sonnabends auf ihr sauer verdientes Geld eine halbe oder, wie es gar vorgekommen ist, eine ganze Stunde haben warten müssen. Als die Kameraden bei dem Meister durch ihren Platzdeputierten um Abstellung dieses Mißstandes vorstellig wurden, erklärte derselbe, wenn es nicht passe, der könne gehen. Der seitens der Zahlstelle bei der Hauptverwaltung beantragte Ausschluß des Mitgliedes Zimmermann war dahin beantwortet worden, daß Zimmermann wegen Schulden zu streichen sei.

Krefeld. Am 25. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Als Referent war Kamerad Hopstod aus Köln erschienen, welcher einen Vortrag über: „Afford- und Zeitlohn“ hielt. Redner schilderte, wie die Unternehmer bemüht seien, so viel wie möglich aus dem Arbeiter herauszuschinden. Das Affordsystem biete dem Unternehmer nun vortheilhaft Gelegenheit, ihr Ziel zu erreichen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ist stets eine gedrückte, tausend Wünsche müssen unerfüllt bleiben. Wenn dem Arbeiter nun durch Affordarbeit Gelegenheit gegeben wird, etwas mehr zu verdienen, so kann man ihm das nicht verübeln. Die Absicht der Unternehmer ist es aber nicht, dem Arbeiter einen Mehrverdienst zukommen zu lassen, sondern die Affordarbeit ist ihm Mittel, um die Ausbeutung der Arbeitskraft auf das Nachhaltigste zu ermöglichen. Verdienen, oder richtiger erscheinende Arbeiter etwas über den gewöhnlichen Tagelohn, so werden die Affordsätze gekürzt. Noch größere Anstrengungen müssen gemacht werden, um nur den Lohn zu verdienen. So wird Affordarbeit zur Mordarbeit. Andererseits wird die Arbeitslosigkeit durch das Affordsystem noch größer. Die Zimmerarbeit hat sich infolge der modernen Bauweise vereinfacht, so daß, wie in Krefeld, Hilfsarbeiter in größerer Zahl herangezogen werden. Unsere Aufgabe muß es sein, auch diese Leute der Organisation zuzuführen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Zimmerer Krefelds zu den Hilfsarbeitern?“ entstand eine lebhafteste Debatte. Mehrere Kameraden hielten es für unzulässig, mit Jenen zu arbeiten. Hervorgehoben wurde, daß diese Hilfsarbeiter beim Meister am besten stehen. Unsere Aufgabe wird es sein müssen, diese Arbeiter zum Verbanne heranzuziehen, damit sie mit den Zimmerern nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen ringen. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, in der am 8. September stattfindenden Versammlung die Vorstandswahl vorzunehmen.

Biegen. Am 21. August fand hier eine öffentliche Zimmererversammlung statt, die von etwa 40 Personen besucht war. Die Tagesordnung war folgende: 1. Wie sind die Zimmerer Schlesiens für die Organisation zu gewinnen? (Referent: Kamerad Stenkowski = Berlin.) 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zum Provinzialtag in Breslau. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkte ertheilte der Vorsitzende dem Kameraden Stenkowski das Wort. Derselbe wies in einem längeren Vortrag zunächst auf die schlechten Organisationsverhältnisse in Schlesien, speziell der im Zimmerergewerbe, hin. Er führte aus, daß von ungefähr 14 000 Zimmerern nur 1000 organisiert sind. Es sei dies zum großen Theile auf die Interesslosigkeit und die große Laueheit der einzelnen Kameraden zurückzuführen. Jeder Einzelne müßte bestrebt sein, durch mündliche Agitation auch die dem Verbanne Fernstehenden heranzuziehen. Redner schilderte ferner die Lohnverhältnisse der Zimmerer sowohl, als auch anderer Arbeiter Schlesiens, als die denkbar schlechtesten. Zum Beispiel betrage das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Zimmerers circa M. 850. Es sei bei einem derartigen Einkommen wohl nicht gut möglich, einer Familie von vier Köpfen auch nur annähernd die notwendigen Bedürfnisse zu beschaffen. Wenn man von M. 850 die notwendigen Ausgaben für Wohnungsmiete, Kleidung, Handwerkszeug, die Abgaben an Steuern, Altersversicherung und Krankenkassenbeiträge abziehe, dann blieben noch M. 540. Davon sollten dann alle übrigen Lebensbedürfnisse der Familie bestreiten werden; das macht bei einer solchen von vier Köpfen pro Kopf und Tag 36½ S. In der Diskussion meldete sich Niemand zum Wort. Als Delegierter zum Provinzial-Verbandstage wurde mit 28 Stimmen Kamerad Babiak gewählt. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß bei der nächsten Mitgliederversammlung die Verbandsblätter und Lokalfondsarten zur Revision mitzubringen sind. Nach einem Schlußwort des Referenten, dem reichlicher Beifall zu Theil wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Mühlhausen i. Elf. In der Sitzung vom 24. August hatte die Zahlstelle Mühlhausen i. Elf. wieder einmal Gelegenheit, sich mit den Arbeitsverhältnissen der bekannten Firma „Erläufige Hornbrechleret, Spazier- und Schirmstofffabrik,

G. m. b. H., vormals Kaufmann, in Ringersheim bei Mühlhausen i. E., zu befassen. Seitdem die Firma ihren Betrieb von Mühlhausen nach Ringersheim auf's Land verlegt habe, geht ihr einziges Bestreben dahin, die Arbeitszeit zu verlängern, sowie die Löhne immer weiter herabzusetzen. Es ist der Firma gelungen, die Tagelohnarbeit gänzlich abzuschaffen und das Affordsystem einzuführen. Bis vor Kurzem ist es den vereinigten Anstrengungen der Organisation gelungen, die Verlängerung der Arbeitszeit abzuschlagen, den Affordtarif wesentlich zu verbessern, sowie die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Wir zählten bei der letzten Abrechnung 37 Mann betr. Firma zur Organisation. Ende Juli nun machte die Firma durch Anschlag in der Fabrik bekannt, daß vom 12. August ab die Arbeitszeit wegen „Geschäftsbedürfnis“ um eine Stunde verlängert wird, und daß Diejenigen entlassen sind, die sich diesem Ultimatum nicht fügen. Selbstberständig nahmen die organisierten Kollegen Stellung gegen diese Maßregel und beschloßen in einer Werkstattparlammlung einstimmig, diese Zumuthung zurückzuweisen, welchem Antrag sich die Mitgliederversammlung vom 10. August anschloß, die Folge davon war, daß die Firma acht Organisierten kündigte. Die Zahlstelle Mühlhausen verständigte nun den Hauptvorstand in Stuttgart von der Sachlage. Dieser wurde nun durch den Gauvorsteher Christiansen aus Freiburg bei Herrn Direktor Kaufmann vorstellig. Kollege Christiansen ermahnte ihn mit den eindringlichsten Worten, es bei der alten Arbeitszeit zu belassen, welchem Drängen schließlich K. nachgab und mit Handschlag dies auch zusicherte; der Verband ließ hierfür, da sich tatsächlich eine gewisse Krisis in dieser Branche bemerklich machte, die acht Entlassungen unbeanstanden, da die Betroffenen gerne dem Colorado in Ringersheim den Rücken kehrten. Durch schlimme Erfahrungen an Herrn Kaufmann geübt, betrachtete die Zahlstelle dieses Nachgeben der Firma nur als einen Waffenstillstand und forderte die organisierten Kollegen auf, diese Zusage der Firma durch einen Arbeitsvertrag für ein oder zwei Jahre festzulegen. Wir sollten uns in Herrn Kaufmann nicht getäuscht haben, denn in der Woche vom 19. bis 24. August ließ derselbe seine Arbeiter und Arbeiterinnen rudelweise auf das Bureau kommen und eröffnete ihnen, daß, wer sich nicht durch Unterschrift verpflichte, die Arbeit eine Stunde früher anzutreten, am 26. August (also verlängerte Arbeitszeit), in 14 Tagen entlassen sei. Natürlich leisteten die bestürzten Bauern — pardon Hülfswörter — dieser Aufforderung bereitwilligste Folge, und warum sollten sie dies denn auch nicht thun, wurden sie doch stets im Religionsunterricht, in der Weichte und von der Kanzel dahin unterrichtet: „Seid unterthan Euren leiblichen Herrn, welcher Gewalt über Euch hat.“ Selbstredend kam auch die Reihe an die organisierten Kollegen, welche sich wieder niederten, länger zu arbeiten, was zur Folge hatte, daß wieder zehn Mann gefündigt wurden. Da nun die Firma gelernt Arbeiter haben muß, so versuchte Herr K. die besten Arbeiter dadurch für sich zu gewinnen, daß er ihnen versprach, die Stunde extra zu bezahlen, so daß es ja bloß Uebergezahltes wäre. Da sich diese organisierten Arbeiter dieser Tendenz völlig klar waren, so gaben sie Herrn K. ein entschiedenes „Nein“ zur Antwort. Nun kam Herr Kaufmann, dessen besten Absichten mit Füßen getreten werden, in Wuth, nannte den Verband eine „Maggesshande“, seine Mitglieder verbummeltes, fremdes Geinbel, welches darauf ausgehe, ihn zu ruinieren; die Schmeichelnamen, die nicht wiedergegeben sind, flogen nur so umher und müssen wir Herrn K. nur bemerken, daß, wer mit Roth um ft wirft, sich selbst befubelt und daß der „Verband“, welcher für „Wahrheit und Menschenrechte“ kämpft, hoch erhaben über ihm steht! Am 26. August trottetten nun die vier organisierten Vorarbeiter mit ihren sich durch Unterschrift gebundenen, arbeitswilligen Arbeitern eine Stunde früher zur Arbeit, auch wurde festgestellt, daß zwei oder drei Organisierte, denen ob ihrer Weigerung gefündigt wurde, auch unter denselben waren. Unter den Arbeitswilligen zeichnen sich auch einige früher organisiert gewesene Oesterreicher aus, die Herr K. durch einen Agenten in Wien anwerben ließ. Die Zahlstelle Mühlhausen i. E. wird demnächst darüber urtheilen, ob für diejenigen organisierten Kollegen, welche die Satzungen des Verbandes so mit Füßen treten, noch Platz in ihren Reihen ist. Die Zahlstellenverwaltung ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit einer Firma, zu deren wortbrüchigem Direktor Niemand Vertrauen hat, durch einen Abwehrstreik nichts zu erreichen ist, sie bittet aber darum, daß Zuzug nach Ringersheim ferngehalten werde. Da obige Firma sich durch die Sperre schon arg betroffen fühlt, so hat dieselbe ihr Augenmerk auf Frankreich gerichtet, aber wir werden dafür sorgen, daß ihr auch von dort der Zuzug abgeschnitten wird.

Neubrandenburg. Am 8. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Vom Kassirer wurde zunächst die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen; dieselbe schloß mit einer Einnahme von M. 183,59 und einer Ausgabe von M. 129,88 ab. Die Abrechnung vom Sommervergütigen ergab einen Ueberschuß von M. 18,60. Beide Abrechnungen waren revidirt und wurden für richtig erklärt. Die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung war der zweite Punkt der Tagesordnung. Kamerad Knaak sprach vor der Abstimmung noch über die Bedeutung dieser Unterstützungsrichtung für den Verband. Nunmehr sollte die Wahl eines ersten Schriftführers vorgenommen werden, da aber keiner der Anwesenden das Amt annehmen wollte, erklärte sich Kamerad Knaak bereit, diesen Posten auch noch mit zu übernehmen, womit die Versammlung einverstanden war.

Neustrelitz. Am 27. August fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche recht gut besucht war. Der Vorsitzende theilte mit, daß der Kamerad Weigel um seine Wiederaufnahme ersucht habe. Nach langer Debatte wurde beschlossen, denselben unter der Bedingung aufzunehmen, daß er sich verpflichte, außer der Eintrittsgebühr von M. 1,50 noch M. 5,20 Nachzahlung zu leisten. Da Kamerad W. sich hierzu bereit erklärte, erfolgte die Wiederaufnahme. In „Verschiedenes“ wurde gerügt, daß mehrere Kameraden Ueberstunden arbeiten. Beschlossen wurde, daß die Kameraden, welche ohne zwingenden Grund Ueberstunden machen, 30 S Strafe zu zahlen haben. Da sonst nichts zu erledigen war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Betersdorf im Riesengebirge. Am Sonntag, den 18. August tagte hier eine öffentliche Zimmererversammlung, in welcher der Kamerad Stenkowski-Berlin über „Die Lage der Zimmerer im Riesengebirge“ referirte. Leider hatten es viele Kameraden nicht für nöthig gehalten, die Versammlung

zu besuchen. Von einem großen Baugeschäft, wo gut 60 Zimmerer beschäftigt sind, war kein Einziger erschienen; ein Beweis, daß auch hier die Zimmerer nur sehr schwer zu der Organisation heranzuziehen sind. Der Kamerad Stenfortsch schilderte in recht ausführlicher Weise die hiesigen Verhältnisse, besonders darauf hinweisend, daß es nur durch straffe Organisation möglich sei, irgend welche Abänderungen in den bestehenden Zuständen herbeizuführen. — Dann theilte noch der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells mit, daß die Polizei recht eifrig bemüht sei, uns die zur Versammlung zur Verfügung stehenden Lokale abzutreiben. Es wäre uns fast bei dieser Versammlung so ergangen, wenn nicht der Wirth aus Menschlichkeitsrücksichten trotzdem sein Lokal hergegeben hätte.

Ruhrort. Am 25. August fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt. An Stelle des Kameraden Kösch, welcher nicht erschienen war, referierte Kamerad Jertz aus Duisburg. Redner weist nach, daß die Lage der Zimmerer hier am Orte von Jahr zu Jahr schlechter wird. Mit dem Arbeitsmangel stellt sich Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung ein. Es wird Zeit, daß auch diejenigen, welche heute noch der Organisation fernstehen, sich anschließen und daß Denjenigen, die heute schon muthig für Verbesserung der Lage arbeiten, mehr Muthmaß geboten wird. Nachdem noch ein Maurer warm für die Organisation im Allgemeinen gesprochen hatte, wies der Vorsitzende auf die Errungenschaften des Verbandes hin, und betonte, daß es bei der augenblicklichen Bauhätigkeit doppelt notwendig ist, sich zu organisieren, um das bis jetzt Erreungene festzuhalten. Mit einem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung und einem Hoch auf den Verband wird die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Striegau. Am 22. August fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Stenfortsch Berlin über das Thema: „Wie wird die Zimmerer Schließens für den Zentralverband zu gewinnen“, referierte. Redner erläuterte in seinen Ausführungen zunächst den Zweck und Nutzen des Verbandes. Er betonte ferner, daß gerade in Schlesien die niedrigsten Löhne und die längste Arbeitszeit vorherrschend seien. Die Schuld daran sei aber hauptsächlich den Zimmerern selbst zuzumessen, weil sich die Kameraden immer noch nicht in dem Maße für die Organisation erwärmen könnten, wie es unbedingt verlangt werden muß. Redner forderte die Anwesenden auf, recht rege für den Verband zu agitieren, denn nur eine gute Organisation wäre im Stande, die bestehenden Mängel zu beseitigen. Der Vorsitzende, Kamerad Wagenknecht, stand den Ausführungen des Referenten sympathisch gegenüber, forderte nochmals die Versammlung auf, sammt und sonders für den Verband einzutreten. Nur dadurch sei es möglich, der angeklagten Lohnreduktion erfolgreich entgegenzutreten. Es wurde dann eine aus drei Mann bestehende Kommission gewählt, welche mit den Meistern verhandeln sollte. Als Delegirter zum Provinzialverbandstag wurde Kamerad Wagenknecht gewählt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Am 9. August fand im Gasthaus „Zum Hirsche“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Zimmererverband und die Urabstimmung über dieselbe. 2. Verschiedenes. Der Vorsitzende berichtete zunächst über den Unglücksfall an der Gablenberger Kirche, bei welchem zwei ältere Verbandsmitglieder heruntergestürzt seien. Er sprach dabei den Wunsch aus, daß, um den traurigen Zuständen auf den hiesigen Bauten abzuhelfen, von der Stadt Kontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt werden möchten, und daß es unsere Pflicht sei, dahin zu wirken, diesen Wunsch zur Verwirklichung zu bringen. Der Vorsitzende legte in einer längeren Rede die Vortheile der Arbeitslosenunterstützung dar. Bei der wirklich herrschenden, schlechten Geschäftslage sei es Pflicht, durch ein wirksames Mittel die Organisation aufrecht zu halten, und das sei die Arbeitslosenunterstützung, die andere Organisationen schon Jahre lang haben, und durch sie emporgeblüht sind. Daß dieselbe ein gutes Mittel hierzu ist, beweise ein Artikel in der süddeutschen „Zimmermeister-Zeitung“, in welchem die Arbeitslosenunterstützung als eine starke Waffe gegen die Unternehmer anerkannt wird. Durch Zwischenrufe aus der Versammlung brach sodann der Redner ab. In der darauf folgenden Diskussion sprachen fast sämtliche Redner gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kamerad Sigle führte an, daß der Entwurf schon dadurch nicht für uns passe, indem darin eine Unterstützung für Sommer und Winter vorsehen sei. Ein anderer Kamerad äußerte, daß, wenn dieselbe eingeführt wird, unsere Mitgliederzahl bis auf 40 Mann zusammenschmelzen werde. Die Kameraden Kalmbach und Veuger sprachen für die Einführung, indem einmal ein Anfang gemacht werden müsse, und daß die Sache auf der nächsten Generalversammlung ja verbessert werden könne; die Gegner möchten sich bloß vom Beitrag befreien. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit Majorität angenommen. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß Mitglieder, welche mehr als neun Wochen mit den Beiträgen im Rückstande, nicht stimmberechtigt seien, und nachdem ein Wahlkomité ernannt war, erfolgte die Abstimmung. Circa 30—40 Mitglieder verließen das Lokal, ohne abzustimmen. Da unter „Verschiedenes“ kein Kamerad das Wort wünschte, wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Arbeitslosen- und Krankenstatistik der Zahlstelle Altona für den Monat Juli. In diesem Monat wurden von 248 Mitgliedern 185 befragt. Davon feierten 14 Mitglieder 102 Tage; krank waren 3 Mitglieder zusammen 93 Tage. Einen Vergleich mit demselben Monat der Vorjahre ergibt folgende Tabelle:

	Befragt	Davon feierten	insgesammt Tage	Kranke Mitglieder	insgesamt Tage
1899.....	185	19	207½	5	55½
1900.....	180	19	170	4	90
1901.....	185	14	102	8	93

Schlechter Versammlungsbefuch in Bruchmühl. Am 4. August sollte hier eine Versammlung stattfinden, damit die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen werde. Leider war der Versammlungsbefuch so schlecht, daß die Versammlung nicht erst eröffnet werden konnte; es wurde daher zum 10. August wieder eine Versammlung einberufen, deren Besuch aber auch zu wünschen übrig ließ. Auf die Dauer sind solche Zustände aber unhaltbar, sie führen zum Ruin der Organisation. Die Mitglieder der Zahlstelle Bruchmühl werden vielleicht noch gütlich daran gedacht haben, welche Folgen diese Gleichgültigkeit nach sich ziehen könnte. Es wird gewiß nur eines Hinweises auf die zu erfüllenden Pflichten bedürfen, um Wandel zu schaffen.

Situationsbericht aus Rudolfsstadt. Die Bauhätigkeit ist, im Verhältnis zu anderen Orten, als gut zu bezeichnen. Leider haben die Zimmerer bis jetzt nicht daran gedacht, diese Situation auszunutzen und ihr Verhalten läßt darauf schließen, daß sie auch für die Zukunft nichts unternehmen wollen. Unter den Zimmerern, ganz gleich ob organisiert oder nicht, herrscht eine Laueheit, wie sie sonst wohl nirgends vorkommen dürfte. Versammlungen werden nicht besucht, Beiträge für die Organisation ebenfalls nicht geleistet. Nur dieser Gleichgültigkeit ist es zuzuschreiben, daß seit März eine einzige Zimmererverammlung abgehalten werden konnte. Eine öffentliche Zimmererverammlung, in welcher Kamerad Finsel aus Hannover sprechen sollte, mußte ausfallen, weil nur drei Mann erschienen waren. Um die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vornehmen zu können, war Alles gethan worden, um alle Verbandsmitglieder zusammen zu bringen, aber nur acht zeigten Interesse für die so wichtige Verbandsangelegenheit. Ob die Zahlstelle sich unter solchen Umständen wird halten können, ist zu bezweifeln. Vielleicht ermannen sich nochmals die Kameraden und helfen, nicht bloß die Zahlstelle zu erhalten, sondern auch die Ideen der modernen Zimmererbewegung zu verbreiten.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Varmen. Am 21. August stürzte in dem Herrn Zimmermann gehörigen Neubau in der Wolfenburgerstraße, welcher von der Firma Weber ausgeführt wird, der Zimmerer Joh. Wiese aus Varmen von der 4. Etage, wahrscheinlich infolge eines Fehltrittes, ab. Da in dem ganzen Bau auch nicht eine einzige Etage abgedeckt, so fiel der Unglückliche durch sämtliche Etagen hindurch bis in den Keller, im Fallen noch auf mehrere eiserne Träger aufschlagend. Die Verletzungen waren denn auch derartig schwere, daß der Vermittler kurz nach seiner Ueberführung in das städtische Krankenhaus verstarb.

Dresden. Am 24. August stürzte in Plauen auf dem Neubau der Bauunternehmer Meyer & Schützler, Ecke Mühlengraben und George Wehrstraße, beschäftigter Dachdecker Ernst Staudte aus Pieschen 20 Meter tief herab und blieb auf der Stelle todt. Der Schädel war völlig zertrümmert. Der Unfall erfolgte infolge Loslösen einer Eindeckplatte, an der sich der Verunglückte hatte festhalten wollen, außerdem war er nicht angefeilt, auch war kein Schutzgerüst vorhanden.

Hildorf. Auf dem Neubau Thüringerstraße 7 hier selbst stürzte am 29. August der Maurer Heffke aus dem vierten Stockwerke den Elevator nach unten und zerquetschte sich den Kopf auf dem Elevator.

Leipzig. Am 28. August stürzte an einem Neubau Ecke Böhmische- und Hallestraße der Zimmerer Brandt bei Ausübung seines Berufes drei Etagen hoch herab. Am 29. August stürzte am Neubau des Centraltheaters der Arbeiter Dormann bei Bedienung des Aufzuges aus einer Höhe von 7 bis 8 Metern herab und schlug mit dem Kopfe auf einen Stein auf. Der Mann hatte einen Schädelbruch erlitten und wurde nach dem Stadtkrankenhaus gebracht, woselbst er aber alsbald verstarb.

In Basel stürzte am 28. August ein mächtiger, zu einem Gasthaus bestimmter Neubau, auf den bereits der Dachstuhl aufgezogen war, vollständig in sich zusammen und begrub unter ungeheuren Schuttmassen sämtliche noch auf dem Bau befindliche Maurer und Zimmerarbeiter. Die Zahl der Opfer wird auf 18 bis 20 angegeben. Bis 9 Uhr Abends waren sechs Schwerverwundete und zwei Tote ausgegraben. Die übrigen zehn bis zwölf scheinen rettungslos verloren zu sein und dürften bei der herrschenden Gefahr der Nachstürze nicht vor Donnerstag abgehoben werden können.

Hamburg. Nach der von der Baupolizei-Behörde gegebenen Uebersicht gingen im Monat Juli d. J. im Baupolizeibureau im Ganzen 994 Anzeigen und Mittheilungen ein. Von diesen Eingängen betrafen: Neubauten von Wohnhäusern 67, von Fabrikgebäuden, Speichern u. dergl. 15; von Stallgebäuden, Schauern u. dgl. 29; von Theatern, Kirchen, Schulen u. dgl. 9; von Gebäuden zu vorübergehenden Zwecken 1; An-, Um- oder Aufbauten, zum Zwecke der Vermehrung oder Verminderung der Wohnungszahl und zwar von Wohnhäusern 8; sonstige An-, Um- oder Aufbauten, Reparaturen oder Veränderungen an Vorseten, Wänden, Dächern zc., Anlage von Verbindungsthüren zwischen benachbarten Grundstücken, sowie Fachwerksreparaturen 173; Arbeiten in Beziehung zum öffentlichen Grunde (Sperrmaß, Einfriedigung, Ueberfahrten, Abflüsse nach öffentlichen Gewässern usw.) 27; gewerbliche und sonstige besondere Anlagen, auch Gruben u. dergl. 36; Feuerstätten, Centralheizungen 25; Gasofenbrenner, elektrische Beleuchtung 2; Abbruch von Wohnhäusern 3; von anderen Gebäuden 43; Theilung von Grundstücken und Eigenthumsbeschränkungen auf Grund des Baupolizei-Gesetzes 78; Siedbauten, Straßenregulirung, Anlegung neuer Straßen, Baulinien und dergleichen 2; Allgemeines, Feuer- und Sanitäts-Polizeiliches 332; gerichtliche Requisitionen 17; Sonstiges 102. — Vom 1. Januar bis ultimo dieses Jahres sind 6545 Anzeigen eingegangen gegen 5931 in demselben Zeitraum im vorigen Jahre. Nach der Zusammenstellung der beendeten Neubauten, An-, Um- und Aufbauten und der Abbrüche zur Ermittlung der Vermehrung und Verminderung der Wohngefasse sind im Juli d. J. zu Wohnzwecken 23 Gebäude mit 229 Gefassen, und zwar 20 Vorderhäuser und 3 Hinterhäuser, bezw. 18 Etagenhäuser und 5 Familienhäuser fertig gestellt worden. Zu anderen Zwecken

wurden vollendet: 9 Fabrikgebäude, Speicher zc., 24 Stallgebäude, Schuppen, Schauer usw., 3 andere Gebäude (Theater, Kirchen, Schulen und dergl.) mit zusammen 5 Wohngefassen. Von An-, Um- oder Aufbauten wurden 9 Gebäude betroffen und es fand durch solche Bauten in 13 Fällen eine Vermehrung, in 4 Fällen eine Verminderung der Wohngefasse in denselben statt. Von Abbrüchen wurden 20 Gebäude und 27 Wohngefasse betroffen. — Es fand eine Gesamtverminderung der vorhandenen Wohngefasse im Juli d. J. um 216 statt (nämlich Vermehrung 247, Verminderung 31), gegen 92 im Juli 1900. Vom 1. Januar bis ultimo Juli fand eine Vermehrung der überhaupt vorhandenen Wohngefasse um 665 statt, gegen 1129 für denselben Zeitraum des vorigen Jahres.

Dortmund (Landkreis). In dem Landkreise Dortmund und in den Städten und Aemtern des Kreises Hörde hat sich im bergangenen Jahre die Bauhätigkeit wie folgt gestaltet. Es wurden hergestellt im Amte: A n n e n 20 Wohnhäuser im Werthe von M. 360 000, 14 Anbauten im Werthe von M. 65 000, 19 sonstige Bauten im Werthe von M. 115 000; A p l e r b e d 83 Wohnhäuser im Werthe von einer Million, 112 Anbauten im Werthe von M. 100 000 und 45 Anbauten im Werthe von M. 200 000; B r o p 46 Wohnhäuser im Werthe von M. 900 000, 60 Anbauten im Werthe von M. 180 000 und 8 sonstige Bauten im Werthe von M. 600 000; B r a c e l 189 Wohnhäuser, 98 An- und 16 Anbauten, die Werthe sind nicht ermittelt; D o r f e l d 60 Häuser, 34 An- und 29 Anbauten im Werthe von M. 1 200 000, 100 000 und 158 500; K i r c h h ö r d e 25 Wohnhäuser, 44 Anbauten im Werthe von M. 250 000 und 80 000; L ü n e n 86 Wohnhäuser, 28 An- und 62 Anbauten, die Werthe sind nicht ermittelt; L ü t t e n b o r t m u n d 45 Häuser, 29 An- und 33 Anbauten im Werthe von M. 880 000, M. 49 400 und M. 95 000; M e n g e d e 104 Wohnhäuser, 15 An- und 30 sonstige Bauten im Werthe von M. 1 400 000, M. 9000 und M. 50 000; S e l l i n g h o f e n 12 Wohnhäuser, 9 Anbauten und 24 sonstige Bauten im Werthe von M. 144 270, 16 500 und 49 000; W e i t h o f e n 19 Häuser, 10 Anbauten und 26 sonstige Bauten im Werthe von M. 36 200. In den Städten Lünen, Hörde und Schwerte sind gebaut 26, 40 bezw. 80 Wohnhäuser im Werthe von M. 278 000 bezw. 711 600; der Werth der in Schwerte gebauten Häuser ist nicht ermittelt.

Weimar. Von dort wird berichtet: Die Bauhätigkeit ist in diesem Jahre recht rege. An Bauten sind im Laufe dieses Jahres bis jetzt genehmigt worden: 8 neue Doppelwohnhäuser 31 einfache Wohnhäuser, 3 Hintergebäude, 12 An- und Ausbaue, 6 Ladenbaue, 5 Veranden, 1 Niederlagsgebäude.

Bautenkontrolle in Altona. In der zweiten Woche des Monats Juli fand die Bauhätigkeit des laufenden Jahres schreibt das „Posener Tageblatt“: Trotz der vielfachen Klagen über mangelhafte finanzielle Verhältnisse und der Schwierigkeit, hypothekarische Bauanleihen zu erlangen, ist die Bauhätigkeit in unserer Stadt gegen die der Vorjahre durchaus nicht zurück geblieben. Auch in den ehemaligen Vororten, wo mit Rücksicht auf die bevorstehende Entfestigung und die längst erhoffte Aufhebung der Rayonbeschränkungen ein Stillstand in der Baulust zu erwarten gewesen wäre, sind im Laufe des diesjährigen Frühling und Sommer die verschiedensten Neubauten theils begonnen, theils fertig gestellt worden. Von öffentlichen Gebäuden sind zunächst die Kaiser Wilhelm-Bibliothek und das Provinzialmuseum zu erwähnen. Der Bau der ersteren ist bereits so weit vorgeritten, daß mit dem Abbruch des Vaugerüsts in voriger Woche begonnen werden konnte. Die Fertigstellung des Provinzialmuseums, dessen Fassade aus Sandsteinen besteht, dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Bau der Provinzial-Hebammen-Lehranstalt an der Ecke der Kasernen- und Feldstraße in Jersitz ist vor einigen Wochen beendet worden. In St. Lazarus wird an der Ostseite der Lazarusstraße eine katholische Kirche im romantischen Stil erbaut. An der Herstellung der Fabrikanlagen für die Norddeutschen Elektrizitäts- und Eisenwerke wird nach kurzer Unterbrechung jetzt wieder fleißig gearbeitet. Auch bezüglich der Wohnhäuser kann die diesjährige Bauhätigkeit sowohl in der Altstadt als auch in den eingemeindeten Vororten als eine sehr rege bezeichnet werden.

des Monats August fand eine Kontrolle der Bauten seitens der Bauarbeiter-Schutzkommission statt. Revidirt wurden 25 Baustellen, davon waren 19 Neubauten und 6 Durch- resp. Ueberbauten.

Auf 16 Baustellen fanden die Kontrolleure keine Unfallverhütungsvorschriften aushängen, was davon zeugt, daß ein großer Theil der Arbeitgeber sich wenig oder garnicht um die gesetzlichen Vorschriften kümmert. Ein großer Theil der Schuld ist aber auch auf Konto der dort arbeitenden Kollegen und Kameraden zu setzen, denn würde seitens der dort beschäftigten Arbeiter und Gesellen etwas mehr Druck auf den Arbeitgeber in dieser Beziehung ausgeübt, so könnten derartige Uebelstände nicht vorkommen.

Die Gerüste werden ja in Altona zum größten Theil von den Maurern hergestellt. Daß diese Gerüste nicht immer den Anforderungen entsprechen, hat uns diese Kontrolle so recht wieder vor Augen geführt. Auf einem Neubau in der Al. Gärtnerstraße stand ein Gerüst, welches im höchsten Grade schlotterig hergestellt war. Die ersten Anschläger hatten nur eine Klammer, die zweiten Anschläger hatten überhaupt keine Klammer, sondern dafür waren Latten und Brettstücke übergenagelt und zwar mit Drahtnägeln. Als Schwertlatten, die das Gerüst nach innen halten sollen, waren keine Latten, wie das sonst im Allgemeinen üblich ist, angebracht, sondern Gerüstbretter und auch stellenweise Schalbretter. Auf einem anderen Bau war die eiserne Balkenlage sehr mangelhaft abgedeckt. Die Zimmerleute waren beim Dachschalen und hatten dabei die Aussicht, bei einem eben. Abwurf ohne Aufenthalt in den Keller zu fallen, wenn vorher nicht etwa ein Aufschlag auf einen der eisernen Balken erfolgte.

Die Baubuden befanden sich auf mehreren Bauten gerade nicht im besten und reinlichsten Zustande, mehrmals waren sie auch zu klein. Nach der Polizeiverordnung für Altona, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten, vom 6. März 1900 soll die Baubude so groß sein, daß auf jeden dort Beschäftigten 0,75 Quadratmeter Fläche kommen, ferner muß die Baubuden einen trockenen Fußboden enthalten und stets in reinlichem Zustande gehalten werden.

Die Klosets waren auf mehreren Baustellen in einem derartigen schmutzigen, unreinen Zustande, daß wirklich Appetit dazu gehört, diese zu besichtigen.

Hier sollten doch die dort beschäftigten Bauarbeiter aller Verufe in erster Linie dafür eintreten, daß die Aborte in

sauberem Zustande gehalten und rechtzeitig geleert werden, denn bei der Hitze, wie sie im Juli und August herrschte, ist es doch eine große Nothwendigkeit, daß auf Sauberheit und Reinlichkeit gehalten wird und daß die Aborte öfter desinfectirt werden, wie es die Verordnung auch vorschreibt. Verbandzeug war auf den wenigsten Bauten anzutreffen. Pflicht der Arbeiter ist es, dafür einzutreten, daß Verbandzeug auf jedem Bau angeschafft wird, zumal die Kosten sehr gering sind.

Wie weit die Unverschämtheit mancher Arbeitgeber geht, soll noch kurz an folgendem Fall gezeigt werden.

In der Annenstrasse sollte ein Stiebel abgeputzt werden, und war hierzu eine Hängestellage angebracht. Wer nun aber meint, daß dies eine vorchriftsmäßige Hängestellage war, der ist sehr im Irrthum. Da waren einfach ein paar dünne Taupe dazu genommen, dann ein paar Gerüstbretter reingelegt und fertig war das Puffergerüst, welches zwei Maurer und außerdem noch deren Material tragen sollte. Dem einen Maurer mochten nun doch wohl Zweifel an der Haltbarkeit dieses Mauergerüsts aufsteigen, denn er sagte sich, ehe du da hinauf gehst und womöglich deine gefundenen Glieder zerstößt, lieber machst du Feierabend und verließ die Arbeit. Sein Kollege fing aber ruhig an zu putzen. Von uns darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Hängegerüst doch keineswegs vorchriftsmäßig und nach unserer Meinung nicht haltbar sei, erwiderte er, sein Meister hätte gesagt, das Gerüst wäre so gut. Wir sorgten dafür, daß diese Arbeit inhibirt wurde und am dritten Tage war ein ordentliches Gerüst angebracht. Darum, Kameraden, sorgt dafür, daß die Einrichtungen auf den Bauten in Zukunft bessere werden! Seht Ihr Mißstände, ganz gleich, welcher Art, und Ihr könnt sie nicht selbst abschaffen, wendet Euch an die Bauarbeiter-Schutzkommission, die wird dann dafür eintreten, daß dem Uebel abgeholfen wird.

Sozialpolitisches.

Die Zölle und das Baugewerbe. Der Zolltarifentwurf sieht auch eine wesentliche Erhöhung der Zollsätze für Baumaterialien vor. Im Nachstehenden führen wir einige Beispiele an. Für Bau- und Nußholz, unbearbeitet oder lediglich in der Querrichtung mit der Art oder Säge bearbeitet, mit oder ohne Rinde, betrug der Zoll für 100 Kilogramm M — 20 oder für 1 Festmeter M 1,20. Nach dem neuen Zolltarif soll für 100 Kilogramm M — 20 oder für 1 Festmeter M 1,80 gezahlt werden. Bei Bau- und Nußholz, in der Längerrichtung beschlagen oder anderweitig mit der Art vorgearbeitet oder zerleinert, wurden bei hartem Holz für 100 Kilogramm M — 30 oder für 1 Festmeter M 1,80 erhoben, nunmehr sollen für 100 Kilogramm M — 50 oder M 4 für 1 Festmeter gezahlt werden. Bei weichem Holz soll sich der Zollsatz von M — 30 für 100 Kilogramm auf M — 50 oder für das Festmeter von M 1,80 auf M 3 erhöhen. Für Bau- und Nußholz, in der Längerrichtung gefügt oder in anderer Weise vorgefertigt, nicht gehobelt, beträgt der Zollsatz für hartes Holz M — 20 für 100 Kilogramm, er soll nach dem Entwurf auf M 1,50 für 100 Kilogramm oder M 10 für das Festmeter; bei weichem Holz von M 4,80 auf M 7,50 pro Festmeter erhöht werden. Für Bau- und Nußholz, gehobelt, gefalzt, genuthet, gestemmt, gepappt, geschliffen, soll der Zoll von M 3 auf M 10 für 100 Kilogramm erhöht werden. Zement aller Art, auch gemahlener Kalk, war bisher zollfrei, nunmehr sollen für 100 Kilogramm M — 50 erhoben werden. Für Kreide, geschlemmt, auch gestäubt, soll der Zoll von 80 auf 40 pro 100 Kilogramm erhöht werden. Delfirnisse, welche bisher mit M 6 pro 100 Kilogramm verzollt wurden, sollen nunmehr mit M 9 pro 100 Kilogramm versteuert werden. Für Lackfirnisse, ohne Verwendung von Weingeist hergestellt, soll der Zollsatz von M 20 auf M 25 erhöht werden. Alle anderen Baumaterialien sollen nach dem Entwurf mit höheren Zöllen belastet werden. Die Unternehmer im Baugewerbe werden aber versuchen, die Zollerhöhung zunächst auf den Bauarbeiter abzuwälzen, gelingt ihnen dies nicht, so werden sie sich an den Miethern, also zum übergroßen Theil wieder Arbeiter, schadlos halten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der 12. deutsche Mechanikertag fand Mitte August in Dresden statt und berieth unter Anderem auch über folgenden Antrag des Professors Abbé-Jena:

„Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik wolle in zeitgemäßer Vertretung der Beschlüsse des 2. deutschen Mechanikertages (Freuden 1890) ihre Mitglieder auffordern:

1. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit in ihren Betrieben nicht auf mehr als neun Stunden festzusetzen;
2. Für alle Ueberstunden an Werktagen einen Zuschlag in Höhe von 25 pSt., für alle Feiertagsarbeit einen solchen in Höhe von 50 pSt. des regelmäßigen Zeitlohnes zu gewähren;
3. Bei aller Art- und Stücklohnarbeit den der aufgewandten Arbeitszeit entsprechenden Zeitlohn als Mindestlohn zu gewährleisten;
4. Allen Gehülfen, die eine vierjährige ordnungsmäßige Lehrzeit unter Lehrvertrag in einer Werkstätte für Präzisionsmechanik oder Optik absolviert haben und schon ein Jahr oder länger als Gehülfe thätig gewesen sind, überall einen Mindestlohn von M 21 pro Woche, mit Ortszuschlag für die größeren Städte, zuzugestehen.

In seinem fast zweistündigen Referat begründete Prof. Abbé den Antrag etwa wie folgt:

Auf Anregung aus der Gehülfsenschaft hat sich der deutsche Mechanikertag bereits in den 80er Jahren mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse befaßt. In Heidelberg setzte er einen Ausschuß zu diesem Zweck von sieben Prinzipalen und sieben Arbeitern ein, der 1889 in Jena zusammentrat. Der Deutsche Mechanikertag in Bremen von 1890 billigte im Allgemeinen die ausgearbeiteten Normen. Als Ideal schwebte uns bei diesen Unterhandlungen die Buchdruckerartgemeinschaft vor Augen. Warum die Gelegenheit in den 90er Jahren einschleif, will ich hier nicht andeuten. Ich habe den obigen Antrag jetzt gestellt, um eine klare Stellungnahme herbeizuführen.

Nun zum Antrag selbst. Man glaubt immer, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Leistung

herbeiführt. Das ist falsch. In der optischen Werkstätte von Karl Zeiß in Jena, die 233 Arbeiter beschäftigt und deren Betriebsleiter ich seit 35 Jahren bin, haben wir uns experimentell mit dieser Frage beschäftigt. Am 1. April 1900 gingen wir ohne Personalwechsel vom neun- zum achtstündigen Arbeitstag über. Im letzten Jahre hatte die Gesamtzahl der Affordjungen 559 169 betragen. Sie verminderte sich bei der achtstündigen Arbeit auf 509 559 im folgenden Berechnungsjahr. Die Lohnsumme verminderte sich nicht, wie die Arbeiter erwarteten, sie blieb auch nicht die gleiche — sie stieg auf M 366 484 von M 345 899 im Vorjahre. Der Stundenverdienst erhöhte sich von 61,9 auf 71,9 s, d. h. er stieg im Verhältniß von 100 : 116,2. Die Intensivität der Arbeit hatte zugenommen. Das zeigte auch die größere Benutzung der 650 Arbeitsmaschinen der Firma. Die Drehbänke, Fraismaschinen, Schleif- und Polirmaschinen werden durch elektrischen Strom betrieben. Der Stromverbrauch jeder Lohnwoche ist ermittelt durch stündlich wiederholte Ableisungen am Schaltbrett. Bei der neunstündigen Arbeitszeit betrug der Gesamtverbrauch an elektrischer Kraft durch die Maschinen 49,2 Kilowatt für die Stunde, bei der achtstündigen Arbeitszeit 52 Kilowatt. Der Nulleffekt hob sich im Verhältniß von 100 : 112. Die Intensivität der Arbeit steigt hiernach mindestens in dem Maße, als die Arbeitszeit verkürzt wird, dabei ist sie gänzlich unabhängig vom Willen. Das schnellere Arbeiten geschieht als automatische Anpassung und wird schließlich gewohnheitsmäßig. Die Arbeiter haben nicht die Empfindung einer größeren Strapaze.

Ueberstunden vergrößern die tägliche Arbeitsleistung der Arbeiter nur in den ersten Tagen. Werden sie gewohnheitsmäßig fortgesetzt, so geht die Mehrleistung auf die gewöhnliche Tagesleistung zurück. Hieraus folgt der paradoxe Satz: Wenn guter Wille nicht im Stande ist, bei längerer Arbeitszeit eine Mehrleistung herbeizuführen, so ist er auch nicht im Stande, bei Verkürzung der Arbeitszeit eine Minderleistung zu verursachen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet für den Menschen, was für die Maschine der Leerang bedeutet. Das Verlangen nach überlanger Arbeitszeit kommt zwar auf dasselbe hinaus, als wenn der Arbeitgeber zu seinem Arbeiter sagt, wenn Du Deine Arbeit beendigt hast, bleibe noch eine oder zwei Stunden an der Maschine stehen. Die Ueberzeit ist eine unnütze Kraftvergeudung. Außerdem wird die Ruhezeit gekürzt. Der Arbeiter hat ganz recht, wenn er fragt, warum faktirirt sich der Arbeitgeber darauf, mich länger als neun Stunden im Arbeitsraum festzuhalten, wenn ich ihm doch nicht mehr verdiene.

Durch die Einführung der Achtstundenarbeit ersparen wir an Gas, Heizung, elektrischer Kraft M 16—17 000 im Jahr.

In Affordarbeit wird mehr geleistet. Das soll nicht heißen, daß die Arbeiter in der Zeitlohnarbeit faulenzten. Bei der Affordarbeit stellen die Arbeiter ihren Kopf mit in den Dienst. Sie lernen ökonomischer arbeiten. Sie lernen mit einem Blick erfassen, wo Arbeitskraft gespart werden kann. Im Jahre 1871 erhielt unsere Werkstätte einen größeren Auftrag zur Lieferung mikroskopischer Instrumente. Unsere Arbeiter hatten bereits viel zu thun. Sie waren unheimbar an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Da führte ich die Affordarbeit ein. In den ersten sechs Monaten stieg der Arbeitslohn um 80 pSt. Nach zwei Jahren stand er 60—70 pSt. höher. Die Qualität der Arbeit blieb die gleiche. Die Arbeiterkraft war leistungsfähiger geworden und durch den höheren Lohn zu einer höheren Lebenshaltung gelangt. Ich halte Affordarbeit nicht für Morarbeit, sondern für die höhere Form der Arbeit. (Lebhaftes Bravo.) Allerdings muß dem Arbeiter der Mehrverdienst auch ausgezahlt werden.

Zunächst wurde die Generaldiskussion darüber eröffnet, ob der Verein überhaupt eine Vereinbarung über die Arbeitsverhältnisse wünsche.

Dr. Kellner: Ich erkenne die große Wichtigkeit des Vortrages an, stimme aber nicht Allem, was ich gehört habe, zu. Sartorius-Göttingen: Die Verhältnisse der Kleinstädte sind von denen der Großstädte zu verschieden, um eine allgemeine gültige Norm der Arbeitsbedingungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Ich wünsche, daß der Arbeitsvertrag der freien Vereinbarung überlassen bleibt.

Hante-Berlin: Seit 1889 habe ich die Ehre gehabt, in dem vorberathenden Tarifausschuß mitzuwirken. Ich habe mich in jedem Punkt Prof. Abbé angeschlossen und war bemüht, die aufgestellte Norm in Berlin zur Anerkennung zu bringen. Mein Wunsch, in unserem Gewerbe eine die Interessengengnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ausgleichende Stelle zu schaffen, scheiterte an der Haltung der Gehülfsenschaft. Früher oder später wird aber die Tarifgemeinschaft kommen.

Dr. Franke-Hannover, Privatdozent an der technischen Hochschule und Fabrikant physikalisch-technischer Apparate: Der Abbé'sche Antrag hat den bitteren Geschmack des Zwanges. Es steht wohl einzig in der Weltgeschichte da, daß aus einer Interessengruppe der Antrag gestellt wird, sich selber zu knebeln. Jeder kauft doch so billig als möglich. Welcher Kaufmann würde gleichgültig, ob die Waare gut oder schlecht ist, einen Einheitspreis zahlen? Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wir können Herrn Abbé nicht folgen, da sonst die Kleinbetriebe ihre Kunden zumachen müßten. Auch würden manche Arbeitgeber sich ohne Gehülfen behelfen und ungelernete Arbeiter anlernen. Der Antrag bedeutet einen Nachtheil für die Meister und für die Gehülfen. Letztere müßten sie herab von denkenden Arbeitern zu stupiden Fabrikarbeitern. Aus dem Hohnlachen, das darüber die Herren Gehülfen erheben, ersehe ich, daß sie nicht den Wunsch hegen, einmal Meister zu werden. (Der Berichterstatter hat meher von Hohnlachen, noch von Heiterkeit etwas gemerkt.) Es ist das Bestreben gewisser Leute, die Kleinmeister zu ruinieren. Die deutsche Technik verdankt ihren Ruf der individuellen, nicht der Fabrikarbeit. In den Fabriken hört das selbstständige Denken auf. Das sieht man in Amerika. Wir sind als Inhaber der Werkstätten Herren im Hause. Wir zwingen Keinen, bei uns einzutreten. Wenn er aber eintritt, muß er pariren! (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)

Richter-Dresden: Wegen des einen Exempels des Herrn Professors können wir doch nicht die Arbeiterverhältnisse in unserer ganzen Industrie ändern.

Beder-Göttingen: Es ist geradezu eine Zumuthung, daß man uns den letzten freien Willen rauben will. In meiner Werkstätte ist durch Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitspensum zurückgegangen.

Brunnee-Göttingen: Während des Vortrages hatte ich das Gefühl, daß man in Jena sich bestrebt, den Kleinbetrieb niederzudrücken. Man will keine kleinen „Muckfer“ haben. Das hat mir mein Verführer, der früher in Jena war, auf Grund privater Aeußerungen bestätigt.

Prof. Abbé: Die letzte Andeutung muß ich energisch auf das Schärfste zurückweisen. Orientiren Sie sich genauer, ehe Sie solchen Klatsch an dieser Stelle vorbringen.

Eingegangen ist ein Antrag von Sartorius-Göttingen: Die Deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik beschließt, die Regelung des Gehülfsenwesens aus ihrem Programm zu streichen und der freien Vereinbarung zwischen Prinzipalen und Gehülfen zu überlassen.

Der Antrag wird mit 32 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die eingeladenen Gehülfen, etwa 20 Mann, unter ihnen der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schilde, erheben sich, um den Saal zu verlassen.

Der Vorsitzende, Prof. Dr. Krüß-Hamburg: Bitte, meine Herren, bleiben Sie doch noch. Ich habe während der ganzen Verhandlung mit meiner Meinung zurückgehalten. Ich schließe die Verhandlung mit einer gewissen Bitterkeit. Noch nie hat nach einem Referat, das auf solcher Höhe stand, eine Diskussion von so niederem Niveau stattgefunden. Damit schließe ich den 12. deutschen Mechanikertag.

Internationaler Buchdruckerkongress. Am 8. August traten Delegirte von 16 Buchdruckerverbänden (deutscher, elsass-lothringischer, österreichischer, 3 schweizer, italienischer, ungarischer, luxemburger, dänischer, norwegischer, schwedischer, holländischer, belgischer, kroatischer) in Bern zusammen, um über die gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen; auch ein französischer Delegirter wohnte dem Kongress bei, obwohl der französische Verband nicht an dem internationalen Sekretariat theilnimmt. Die Generaldebatte über die Organisation dieses Sekretariates nahm den ganzen ersten Tag in Anspruch. Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ berichtet darüber: Es standen der Meinung Deutschlands, das Sekretariat solle nur eine Zentralstelle zur Vermittelung der internationalen Beziehungen zwischen den einzelnen Verbänden ohne Sammlung von Streitgeldern nach Maßgabe des bereits bekannt gegebenen Antrages sein, die Anträge der übrigen Verbände gegenüber, eine internationale Widerstandsklasse mit permanenten Beiträgen zu gründen und dem Sekretär das Eingreifen bei Lohnbewegungen in der bisherigen Weise zu übertragen. Letzterer Ansicht vermochten sich schließlich auch die Bevollmächtigten der Widerstandsklasse anzuschließen, denn in der ersten prinzipiellen Abstimmung wurde diese Frage von allen Verbänden mit Ausnahme Deutschlands bejaht. Der größte Theil der Verhandlungen der beiden übrigen Tage war der Berathung der zahlreichen Abänderungsanträge zum Reglement und der Reorganisation des internationalen Sekretariates gewidmet. Von den in dieser Beziehung gefaßten Beschlüssen ist hervorzuheben der Abstimmungsmodus bei der Umfrage an die Verbände über ihre Zustimmung zu einer geplanten Lohnbewegung. Die Verbände besitzen nunmehr das Recht, für je 2000 Mitglieder und einen Bruchtheil über 500 je eine Stimme abzugeben, während bisher jeder Verband nur eine Stimme hatte. Diejenigen Verbände, die ohne triftigen Grund sich weigern, die vom Sekretariat angeordneten Steuern zu bezahlen, verlieren während der Dauer von zwei Jahren ihre rechtlichen Ansprüche auf etwaige Streikunterstützung. Die Unterstützung kann erst nach zwei Wochen bezogen werden. Das Recht der Unterstützung erwirbt ein Verband erst nach einjähriger Mitgliedschaft. Die Wahl des internationalen Sekretärs sowie die Organisation des Sekretariates erfährt eine durchgreifende Aenderung. Die Stelle des Sekretärs wird durch die Sekretariatskommission (bisher Aufsichtskommission) zur Besetzung ausgeschrieben. Die Bewerber müssen eine Programmarbeit beifügen und die Wahl geschieht durch die Verbände. Das Gehalt wurde auf 3000 Franken festgesetzt. Domizil des Sekretärs bleibt Bern. Das Zentralcomité des schweizerischen Typographenbundes kontrollirt die Finanzabrechnung des Sekretariates und regelt die Wahl der Sekretariatskommission, welche dem Sekretär in seinen Arbeiten berathend und ausshelfend zur Seite stehen soll. Das Zentralcomité und die Sekretariatskommission besorgen auch die Ausarbeitung des Reglements für das internationale Sekretariat nach den Beschlüssen und Wünschen des Kongresses und unterbreiten es den Verbänden zur Genehmigung.

Die französischen Gewerkschaften im Jahre 1900. Das Handelsministerium veröffentlicht soeben eine Statistik über die industriellen, handlungsgewerblichen und landwirtschaftlichen Syndikate, die auf Grund des Gesetzes vom 21. März 1884 errichtet sind. Darnach existirten am 1. Januar 1901 in Frankreich 8035 Syndikate; davon entfielen 2882 auf die Unternehmer, 3287 auf die Arbeiter, 162 waren gemischt und 2204 landwirtschaftliche. Diejenigen landwirtschaftlichen Syndikate, die nur aus Arbeitern (Gärtner, Holzhauser usw.) bestehen, sind in der Statistik den Arbeiter-Syndikaten zugezählt; desgleichen sind die Syndikate der Betriebsinhaber von Gärtnereien, Molkereien, Holzhandlungen usw. unter die Unternehmer-Syndikate rubrizirt. Die eigentlichen landwirtschaftlichen Syndikate bestehen meist nur aus Besitzern und einer geringen Anzahl Tagelöhner; zu dieser Zahl sind noch hinzuzurechnen 696 landwirtschaftliche Unterstützungsvereine. Im Jahre 1900 haben die Unternehmersyndikate um 225, die der Arbeiter um 602 und die landwirtschaftlichen um 130 zugenommen. Die Zahl der Arbeitersyndikate ist von 173 auf 200 und die der Arbeitersyndikate von 65 auf 75 gestiegen. Was die Mitgliederzahl der Syndikate anlangt, so gehörten denen der Unternehmer 170 030 Personen an, während die Gewerkschaften der Arbeiter 588 823 zählten; die gemischten Syndikate zählten 29 044, die landwirtschaftlichen 533 454, zusammen also 1 321 360 Personen, wozu noch 48 458 Personen zu rechnen sind, die in landwirtschaftlichen Unterstützungsvereinen organisiert sind. Frauen gehören den gewerblichen Syndikaten 43 470 an; die größte Zahl derselben, nämlich 32 065, entfällt auf die Arbeitervereinigungen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Eine Revision des Streikpostenverbots hat die Amtshauptmannschaft in Dresden auf die eingelegte Beschwerde der freitenden Glasarbeiter vornehmen müssen. Im „Dresdener Anzeiger“ wird folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

„Die Bekanntmachung vom 27. Juli 1901, Streikpostenstehen betreffend, erhält folgende Fassung:

Das sogenannte Streikpostenstehen bei Arbeiterausständen und jede dem ähnliche Handlung, die dazu bestimmt und geeignet ist, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder einzuschüchtern, wird, so weit dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört, auch über die Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinaus das Publikum beunruhigt und belästigt wird, hiermit noch ausdrücklich verboten und, falls nicht reichsgesetzliche oder landespolizeiliche Vorschriften einschlagen, mit Geldstrafe bis zu M 150 oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden.

Dresden, am 17. August 1901.

Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.
Dr. Schmidt.

Damit ist die Bestimmung der ersten Anordnung, die besagte, daß Streikpostenstehen ausnahmslos bestraft wird, beseitigt worden, und es ist eingefügt worden, daß einige begleitende Nebenumstände damit verknüpft sein müssen, nämlich Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und Beunruhigung des Publikums, um eine Bestrafung herbeizuführen. Die neue Verordnung wird ein wenig mit der Rechtsprechung, die in dieser Frage ergangen ist, in Einklang gebracht. Natürlich wird jetzt der Beamte die Gefährdung der öffentlichen Ordnung, die Beunruhigung des Publikums sehr bald bei Streikpostenstehen wahrnehmen, so daß der bisherige Zustand so ziemlich erhalten bleibt. Besonders wenn man erwägt, was Alles von sächsischen Gerichten als Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angesehen wird. Selbst hat die Amtshauptmannschaft den Weg zu einer Rechtsgrundlage für ihre Verordnung nicht finden können, es bedurfte erst einer Beschwerde an das Ministerium und Belehrung durch die Streikhauptmannschaft, um die schneidige Verordnung zu besettigen.

Bekanntmachungen

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. S. Nr. 2 in Hamburg.)

Bureau: Hamburg-Varmbeck, Hamburgerstr. 129, 1. Et.
Postadresse: Central-Krankenkasse der Zimmerer, Hamburg 22.
Vom 4. bis 31. August erhielten die örtlichen Verwaltungen:
Altona M. 100, Warden M. 75, Wandsbeck 100, Bremen 300, Danzig 50, Ebing 90, Erfurt 100, Frankfurt a. M. 100, Hamburg I 180, Hamburg-Gimsbüttel 85, Herne 3,85, Kiel 350, Langendiebach 200, Leipzig I 100, Leipzig II 100, Marburg 89,28, Preetz 100, Rixdorf 145,95, Rostock 150, Schwerin 200, Steglitz 40, Stettin 400, Stuttgart 200, Thorn 27,53.
Summa: M. 3286,11.

Zufuß erhielten vom 4.—31. August: Arnstadt M. 36, Deed 50, Grumstadt 30, Entheim 50, Gesehmünde 40, Groß-Neuheim 100, Hamburg-Gimsbüttel 80, Hannover 100, Hildingsfeld 100, Mainz 150, Mannheim 100, Nordenham 100, Offenburg 50, Schönebeck 50, Weissensee 120. Summa M. 1156.

Achtung, Kassierer!

Der Bücherabschluß für das 3. Quartal muß unter allen Umständen am 27. Oktober erfolgen. Alle Einnahmen und Ausgaben ohne Ausnahme, die nach dem 27. Oktober entstehen, müssen für das 4. Quartal gebucht und verrechnet werden.

Mit Defizit darf nicht abgeschlossen werden. Um zwischen der Hauptverwaltung und den örtlichen Verwaltungsstellen eine übereinstimmende Buchung und Verrechnung der von den örtlichen Verwaltungsstellen an die Hauptverwaltung und der von der Hauptverwaltung an die örtlichen Verwaltungsstellen gefandten Gelder zu ermöglichen, muß etwa überflüssiges Geld einige Tage vor dem 27. Oktober der Hauptverwaltung überwiesen und für das 3. Quartal erforderlicher Zufuß einige Tage vor dem 27. Oktober gefordert werden.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 4 und 5 des Statuts sind folgende Mitglieder: 571 (4447) 1. Kl. Hellmuth Humbold, geb. 28. September 1880 in Springe. 1787 (15 930) 1. Kl. Heinrich Brüggemann, geb. 4. April 1879 in Hasteid. 2751 (10 859) 1. Kl. Richard Jensen, geb. 28. Februar 1881 in Mandlow. 5648 (13 886) 1. Kl. Jens. Wredtved, geb. 4. Mai 1879 in Esbjerg. 8480 (15 852) 2. Kl. Moriz Bachmann, geb. 1. März 1874 in Rochlitz. 9798 (9659) 2. Kl. Karl Ostermann, geb. 4. März 1866 in Segeberg. 12 038 (15 044) 2. Kl. Louis Landau, geb. 24. Oktober 1875 in Gütrow. 18 989 (18 211) zweimal 14 663) 1. Kl. Wilhelm Leiber, geb. 27. Februar 1871 in Ferrendorf. 19 290 (17 284) 2. Kl. Theodor Hesse, geb. 3. April 1876 in Heiß. 20 691 (598, 13 921, 16 211) 1. Kl. August Schelle, geb. 10. September 1867 in Alstedt.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. **Wittstadt, Schriftführer.** Berichte, welche weiter nichts als die Namen der gewählten Vorstandsmitglieder enthalten, werden nicht veröffentlicht.

Versammlungsanzeiger.

- Ahrensburg.** Sonntag, den 15. September, Nachm. 4 Uhr, in Schierhorn's Gasthof.
- Mugsburg.** Sonntag, den 15. September, im Gasthof „Zum Augsburger Hof“, Schwibbogensgasse.
- Wietzfeld.** Sonnabend, den 14. September, in der „Centralhalle“.
- Cannstatt.** Freitag, den 13. September, im „Ruffischen Hof“.
- Cassel.** Freitag, den 13. September, bei Wittrock, Schäfergasse 33.
- Danzig.** Dienstag, den 10. September, Brotdäntengasse 11.
- Droschig.** Sonnabend, den 14. September.

- Sttenberg.** Sonnabend, den 14. September, Abends 6 Uhr, bei Winter, Kobaischestraße.
- Ulberfeld.** Sonntag, den 15. September, Vorm. 11 Uhr, im „Volkshaus“, Hommbücherstraße.
- Ulrich.** Sonnabend, den 14. September.
- Umshorn.** Sonnabend, den 14. September.
- Erlangen.** Sonnabend, den 14. September.
- Freiberg i. S.** Mittwoch, den 11. September, in Süblers Restaurant, Gerbergasse, Zahlabend.
- Güritz.** Mittwoch, den 11. September, in „Stadt Hamburg“, Ober Steinweg 7.
- Glückstadt.** Montag, den 9. September, Abends 8 Uhr, bei Mint, Am Markt.
- Hof.** Sonnabend, den 14. September, in Hager's Restaurant, Marienstraße.
- Silbesheim.** Mittwoch, den 11. September, Abends 8 Uhr, bei Wiehe.
- Holzminde.** Sonnabend, den 14. September.
- Kiel.** Dienstag, den 10. September, Abends 8½ Uhr, bei Schnorr in Gaarden, Augustenstr. 24, „Gaardener Börse“.
- Köln.** Sonntag, den 15. September, im Lokal „Zur Krone“, Gr. Griechenmarkt 16.
- Krefeld.** Sonntag, den 8. September, bei Herrn Dittmar, Breitestr. 28.
- Nürnberg.** Sonntag, den 15. September, Vorm. 10 Uhr, im „Rödig von England“.
- Oberstedt.** Sonntag, den 15. September, Abends 8 Uhr, bei Hirschfeld.
- Potsdam.** Dienstag, den 10. September, Abends 8 Uhr, bei Glaser, Brandenburger Kommunikation.
- Pöfnec.** Sonnabend, den 14. September.
- Pyritz.** Sonntag, den 8. September, Nachm. 4 Uhr.
- Schleswig.** Dienstag, den 10. September, bei Hoffmann, Stadtfeld 85.
- Schwerin.** Dienstag, den 10. September, Abends 8½ Uhr.
- Tilsit.** Sonntag, den 15. September, im Verbandslokale, Fabrikstr. 49.
- Vegeack.** Sonntag, den 15. September, Nachm. 3 Uhr, in der „Vereinshalle“.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 4. September, bei Cronau, Hamburgerstraße.
- Wedel.** Dienstag, den 8. September.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 13. September, Abends 8 Uhr, bei Heilmann in Pant.
- Wolgast.** Sonnabend, den 14. September, beim Gastwirt Schulz.
- Woltmershausen.** Dienstag, den 8. September, bei der Wm. Corjen.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Bringmann, Hamburg-Varmbeck, Fehlfir. 28, 1., einzufenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 ¢ per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken mehr, sondern bar Geld zu senden.)

Nachruf.

Am 26. August starb unser Kamerad

Friedrich Olnau

auf der Beche „Margarethe“ in den circa 150 m tiefen Schacht und starb sofort an den erhaltenen Verletzungen.
Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60]

Die Zahlstelle Schwerte.

Zahlstelle Marienburg.

Sonntag, den 22. September, Nachmittags 3 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Pauls, Ziegelgasse.

Tagesordnung: Vorstandswahl und Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

[90 ¢]

Der Vorstand.

Zahlstelle Solingen.

Sonntag, den 15. September, Nachmittags 4 Uhr,

im Saale des Herrn Baumann, zu Berg,

84tes Stiftungsfest.

Alle Kameraden werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,40]

Das Comité.

Der Zimmerer Wilh. Dabersing wird dringend um Angabe seiner Adresse ersucht.

Peter Wagner,

[90 ¢]

Köln a. Rh., Weyerstr. 112, 4. Et.

Bauschule Sternberg i. Meckl.

Hoch-, Tiefbau-, Tischler- und Zieglerschule.

Sehr lehrreich für die Zimmerer und selbst den tüchtigsten Poltzen zu empfehlen ist das Werk:

Wolf's

Praktische Ausführung der Treppen,

mit zusammenlegbaren Modellen von Gustav Wolf, denn der Verfasser, der selbst viele und selten vorkommende Treppen gebaut hat, giebt in demselben die Ausführung der einfachsten und schwierigsten Treppenarbeiten, genau wie dieselben vom Maßnehmen an bis zur Fertigstellung in der Praxis nacheinander ausgeführt werden. Das Buch wird auch wegen der deutlichen Erklärung und der Modellfiguren, welche sich in ihrer Form ähnlich wie vierkantige Hölzer gestalten, überall sehr anerkannt und zum Preise von M. 6 gegen Nachnahme, direkt bezogen, stets franko geliefert. Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schlesing, Deferstraße 12, selbst entgegen.

Nur noch kurze Zeit kann der

Praktische Zimmermann

von Baumeister Promnitz, 560 Seiten stark, mit 834 Abbild. 4 vierfarbigen Vorlagen als Gratisbeigabe und mit 4 vierfarbigen Vorlagen als Gratisbeigabe für M. 15 geliefert werden, es tritt sodann zugleich mit einer Veränderung in der Beilage allein der Preis von M. 18 in Jedoch garantiert die unterzeichnete Buchhandlung auf alle sofort nach dem heut. Angebot aufgegebenen Bestellungen noch die Lieferung des anerkannt vorzüglichen Werkes zu dem geringen Preise von

M. 15 per Nachnahme mit 5 pzt. Rabatt oder in Teilzahlungen von monatl. M. 5 und hängt die Wiederholung dieser Offerte im Weiteren von den Verhältnissen ab.

Versandbuchhandl. Arth. Gasch, Leipzig, Auerbach's Hof.

J. Blume & Co., Hamburg.



Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-ledernen und Manchester Arbeits-Artikel u. Isländer Jacken.

Muster und Preis-kourant gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Zimmerer Deutschlands! Isländer,

prima, 2 W schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, echt schwarze Sammethose M. 10, prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ W schwer) M. 4,80, braune Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, echte schwarze Sammetweste (Perlmutterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallenbes nehme retour. Verlangen Sie Preisliste.

Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus für Zimmerleute und Maurer.

Zimmerleute

brauchen keine Hosen mehr

für M. 15 zu kaufen, da ich prima Sammethosen und Westen für M. 14 liefere.

Konfektionshaus

S. Wallhausen, Etasfurt.

Jeder Versuch lohnt!

Weltberühmte Isländer.

M. Mosberg's

Arbeitergarderoben

mit der Schutzmarke sind

unerreicht!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

überallhin!

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.